# Nieder mit dem Parteitag der Revisionisten!

Seite 6



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 44 vom 10. November 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

# Postgebührenerhöhung Bonn-Inflationstreiber Nr. 1

**Tag für Tag lesen wir die Stabilitätspredigten der Bonner Regierung in der Zeitung. Tag für Tag spüren wir aber auch: Die Preise steigen und steigen. Die unverschämten Preissteigerungen der Bundespost (im Schnitt 38%) machen es überdeutlich klar: Das Stabilitätsgetrommel der Regierung ist reine Demagogie mit dem Ziel, uns mit leeren Versprechungen für die Zukunft zu vertrösten und uns so vom Kampf für mehr Lohn gegen die Auswirkungen der Teuerung abzulenken. In Wirklichkeit ist der imperialistische Staat Inflationstreiber Nr. 1!**

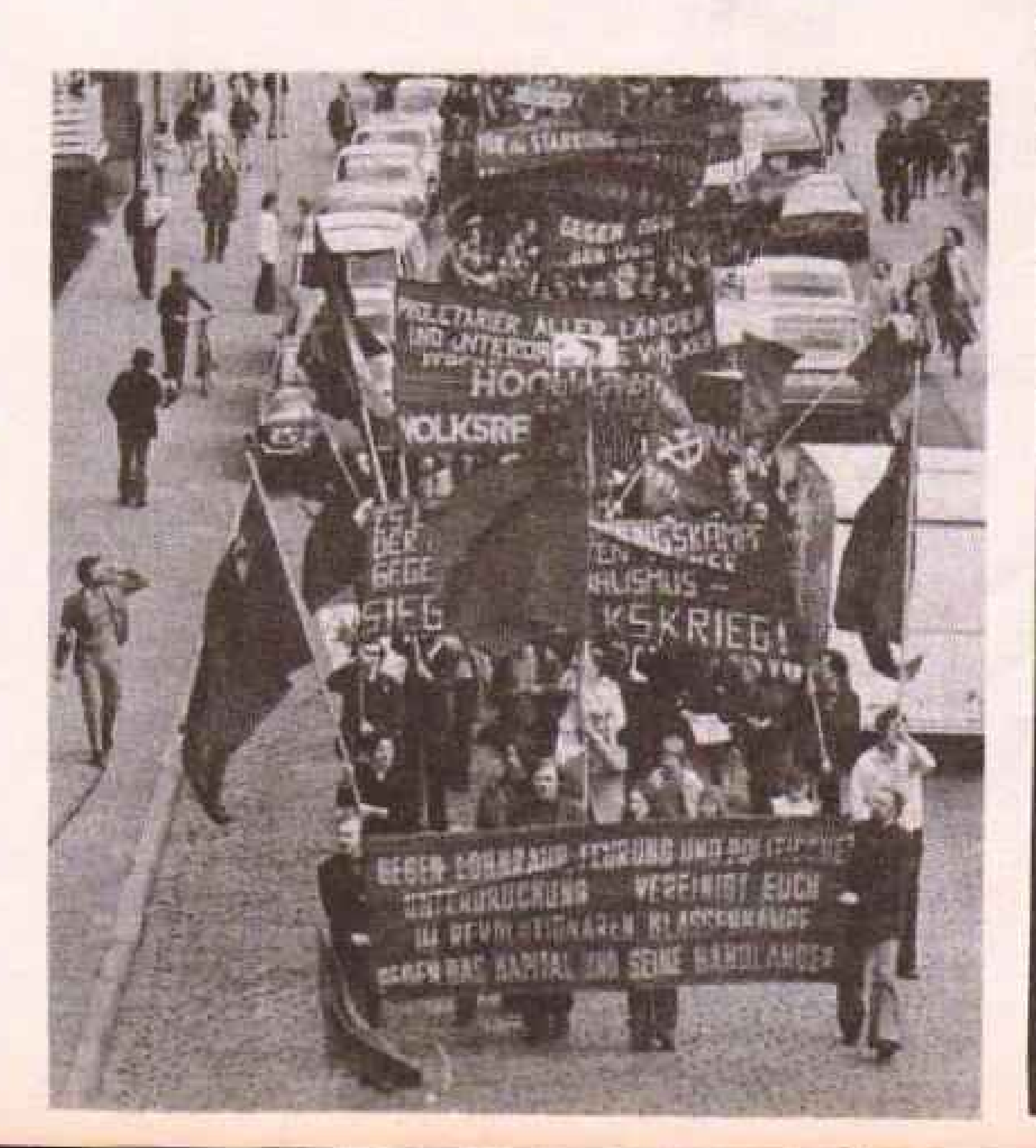
Mehr als drei Milliarden Mark sollen uns durch die Preiserhöhungen abgepreßt werden. Für jeden Brief 10 Pfennig, für jedes Päckchen 50 Pfennig und für das leichteste Paket 90 Pfennig mehr. Doch damit ist die Liste längst nicht abgeschlossen. Selbstverständlich wird auch das Telefonieren teurer. Die Neueinrichtungsgebühr gleich um 80 DM. Bundespostminister Ehmke beeilt sich zu versichern, "die neugeschaffenen Anschlüsse entfielen derzeit sowieso meistens auf 'Wenigsprecher'". Deutlicher kann man wohl kaum noch ausdrücken, gegen wen die Preistreiberei sich tatsächlich richtet: Gegen die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk.

Die modernen Revisionisten und im Verein mit ihnen die Jusos und die Reformisten aller Schattierungen haben immer, wenn die Rede auf Preistreiberei und Inflation kommt, eine phantastische Wunderwaffe parat: 'Verstaatlichung'. Selbstverständlich vergessen sie dabei nie zu betonen, daß sie dabei "fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen", weil Preistreiberei ja 'Mißbrauch wirtschaftlicher Macht' sei. Jetzt zeigt sich, daß die 'Wunderwaffe' in Wirklichkeit ein Rohrkrepierer ist: Die Bundespost ist verstaatlicht und mischt munter in der Spitzengruppe der Preistreiber mit.

**Wer von Verstaatlichung redet, muß eben auch vom Klassencharakter des Staates reden. Der imperialistische Staat ist ein Instrument der Monopole. Er vertritt die Interessen der Kapitalisten und tritt die Interessen des werktätigen Volkes mit Füßen. Erst wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert hat – im Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats – sind die Bedingungen geschaffen, daß Verstaatlichung tatsächlich den Interessen des Volkes dient.** Aber die Diktatur des Proletariats kann natürlich nicht durch "systemüberwindende Reformen" und 'Zurückdrängung der Monopole' errichtet werden. Die Diktatur des Proletariats kann erst nach der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staates in der proletarischen Revolution errichtet werden. Davon aber wird auf dem Hamburger Parteitag der D'K'P natürlich nicht die Rede sein.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!



## Streik bei Mannesmann

# Der Kampf der Kollegen ...und die Schande der D'K'P

Die Forderung der Kollegen heißt: Weiterzahlung der 70 DM. Im Juli, als die Bewegung gegen die Auswirkungen der Teuerung für Teuerungszulagen stark anwuchs, war in der Eisen- und Stahlindustrie ein Manteltarifvertrag fällig. Unter anderem forderten die Kollegen eine deutliche Erhöhung der Schichtzulagen. In dieser Situation starteten die Kapitalisten von Gesamtmetall und die Herren von der IG Metall-Führung ein dreistes Betrugsmanöver. Sie beschlossen, die Verhandlungen über den neuen Manteltarif auf Anfang 74 zu verschieben und an die Kollegen von Eisen und Stahl bis einschließlich Oktober pro Monat zu zahlen (insgesamt 280 DM). Das war ein zweifacher Betrug: Einerseits hätte die Erfüllung der Forderungen zum Manteltarif den Kollegen entschieden mehr gebracht als 280 DM, andererseits wurden die Kollegen um die Erfüllung ihrer Forderung nach einer außertariflichen Teuerungszulage betrogen. Sofort nach Bekanntwerden dieses Betrugs – die Verhandlungen waren eine Nacht- und Nebelaktion, über die nicht einmal die Vertrauensleute informiert waren – gab es Proteststreiks bei Mannesmann und Rheinstahl-Meiderich. Gegen diesen Betrug kämpften jetzt die Kollegen von Mannesmann erneut an mit der Forderung: Weiterzahlung der 70 DM!

**Bericht auf Seite 3**

# Die arabischen Völker werden siegen!

**"Ein Waffenstillstand wird den Frieden näher bringen." Das hatten die beiden Supermächte verkündet, als sie in der UNO ihre Resolution über den Waffenstillstand durchsetzten. Die VR China lehnte dieses Diktat der Supermächte gegen die arabischen Völker und insbesondere gegen das palästinensische Volk ab. In der Resolution wird das palästinensische Volk und seine Organisation, die PLO, nicht einmal erwähnt.**

Mit Beginn des Waffenstillstandes zeigte sich bereits gegen wen er gerichtet ist. Während die imperialistische Welt über die Zusammenarbeit in Nahost jubelte, besetzte Israel, das dem Waffenstillstand zugestimmt hatte, ägyptische Gebiete auf der Westseite des Suez und kreiste einen Teil der ägyptischen 3. Armee ein, um sich bessere Verhandlungspositionen zu verschaffen. Während des Krieges hingegen konnten die arabischen Länder und die Palästinenser Erfolge erringen und vorangehen, um die israelische Aggression zurückzuschlagen und die verlorenen Gebiete wiederzuerlangen.

In einem Kommentar des Zentralorgans der KP Chinas heißt es zu der UNO-Resolution: **"Die beiden Supermächte versuchen seit etwa 10 Tagen, mit Hilfe machtpolitischer Mittel die lodernden Flammen des gerechten Kampfes der arabischen Völker gegen die Aggression auszutreten. Als die Tage für die arabischen Völker besonders günstig waren, brauten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ihre Resolution über eine Waffenruhe zusammen und verlangten von den arabischen Ländern die Einstellung des Kampfes. Es ist sonnenklar, daß die israelischen Zionisten die arabischen Länder angegriffen haben, aber die Resolution der Supermächte verurteilt nicht einmal die israelische Aggression."** Für die arabischen Völker ist die Lage klar: Sie können bei der Lösung der Frage des nahen Ostens nicht auf die Supermächte zählen, sondern nur auf ihre eigene Kraft.

Seit 1967 halten die israelischen Zionisten als Speerspitze der Supermächte Gebiete Ägyptens, Syriens und Jordaniens besetzt. Und auch jetzt sind sie nicht bereit, die besetzten Gebiete freiwillig zu räumen. **Die Zionisten selbst haben in all diesen Jahren immer wieder zu verstehen gegeben, daß sie nur die Sprache der gewaltsamen Auseinandersetzung sprechen und auch nur diese Sprache verstehen.**

**Das palästinensische Volk insbesondere, das von den Zionisten aus seinem Gebiet gewaltsam vertrieben wurde, hat immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß der Weg zur palästinensischen Befreiung nicht über "Politische Lösungen" und anderen Betrug der Supermächte führen kann, sondern**

**Fortsetzung auf Seite 2**

Fortsetzung von Seite 1

## Nahost...

einzig über den entschlossenen bewaffneten Kampf des Volkes. Es hat den Kampf bereits seit Jahren aufgenommen und viele bedeutende Erfolge erringen können. Auch während des letzten Krieges hat die Einheitsfront des palästinensischen Volkes, die PLO, dem israelischen Feind Schläge versetzt.

Innerhalb von 17 Kriegstagen haben sie über 100 Überfälle auf israelische Truppeneinheiten, Stellungen, Militärdepots usw. unternommen. Auch der gegenwärtige Waffenstillstand, zu dem das palästinensische Volk nicht einmal befragt worden ist, wird die palästinensische Einheitsfront nicht daran hindern, auf dem langen, aber erfolgreichen Weg des Volksbefreiungskrieges weiter zu gehen.



Auch für die anderen arabischen Völker ist die einzige Garantie zur Verwirklichung ihrer Rechte die Mobilisierung und Bewaffnung des ganzen Volkes unter der Führung der nationalen Einheitsfront.

Die Völker Indochinas haben den Weg gewiesen: Sie haben weder auf die US-Imperialisten noch auf die sowjetischen Sozialimperialisten gebaut. Sie haben im Vertrauen auf die eigene Kraft sich zusammengeschlossen und den Kampf gegen die Supermacht USA aufgenommen. Und sie werden auch nicht dulden, daß sich die andere Supermacht, die Sowjetunion, in Indochina breit macht. In ihrem Kampf haben sie große Siege über die US-Imperialisten errungen und werden auch den endgültigen Sieg davontragen.

Die arabischen Völker werden das "Friedens"diktat nicht hinnehmen. In Kairo treffen bei der ägyptischen Regierung täglich Resolutionen der Bevölkerung ein, die fordern, den Krieg gegen die Zionisten wieder aufzunehmen. Im Irak ist die Bewegung des Volkes so stark, daß die Regierung des Irak der Waffenstillstandsresolution nicht zugestimmt hat. Im Kampf gegen die einheimische Reaktion, die die Zusammenarbeit mit den Supermächten wünscht, wird die Volksbefreiungsbewegung ihren Kampf fortsetzen. Yasser Arafat, Vorsitzender der palästinensischen Befreiungsorganisationen, die sich in der PLO zusammengeschlossen haben, sagte nach dem Waffenstillstandsdiktat der Supermächte: **' Es gibt keine politische Lösung. Wir werden das palästinensische Problem in einem Volkskrieg bis zum totalen Sieg regeln."**

# Sowjetisches Uran für westdeutsche Imperialisten

**Vor wenigen Wochen haben die sowjetischen Sozialimperialisten und die westdeutschen Imperialisten ein Abkommen über russische Uranlieferungen nach Westdeutschland abgeschlossen. Insgesamt wird die SU für mehr als 4 Mill. Dollar Uran an westdeutsche Atomkraftwerke geben. Die RWE (Rheinisch-Westfalische Elektrizitätswerke) z.B. werden für den Zeitraum 1974 und 1975 mit russischen Uran beliefert.**

Außer Uran erhalten die westdeutschen Imperialisten vor allem Erdgas und auch Erdöl aus der Sowjetunion. Die westdeutsche Energieversorgung wird daher in größerem Umfang abhängig von den Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zu Moskau.

Für die Sozialimperialisten bedeuten diese Lieferungen nicht nur in finanzieller Hinsicht ein Geschäft. Bei ihrem Versuch, stärker in Europa einzudringen, und dem US-Imperialismus die Vorherrschaft abzujagen, spielen gerade die Beziehungen zu Westdeutschland eine wichtige Rolle. Indem wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen werden, versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten ihren politischen Einfluß zu stärken – eine Politik, wie sie die Sozialimperialisten auf der ganzen Welt betreiben.

Aber auch die westdeutschen Imperialisten waren über das sowjetisch-westdeutsche Geschäft hoch erfreut. Sie haben zum einen das wirtschaftlich-politische Gerangel der Supermächte in Europa sich zunutze gemacht und so von der Sowjetunion weitaus billiger Uran erhalten als aus den USA.

Zum anderen aber verfügen die westdeutschen Imperialisten mit angereichertem Uran über strategisches Material. Zwar ist Westdeutschland gegenwärtig nicht in der Lage, eigene Atomwaffen zu produzieren – die Supermächte würden das gegenwärtig auch nicht zulassen. Aber wenn es die Situation erlaubt, werden sie auch nicht zögern, die wirtschaftliche Nutzung von Atomenergie in militärische zu verwandeln.

# Supermächte in Wien Abrüstungsbetrug!

**In Wien haben sich die beiden Supermächte unter Beteiligung mehrerer europäischer Länder zusammengesetzt – angeblich um durch Abrüstung den Frieden in Europa sicherer zu machen. Aber wie immer, wenn die beiden Supermächte von Frieden reden, müssen die Völker besonders wachsam sein.**

**Die USA und die Sowjetunion, die um die Vorherrschaft in Europa schärfstens rivalisieren, versuchen sich in Wien am Verhandlungstisch gegenseitig zu übervorteilen. Zum anderen aber wollen sie gemeinsam die europäischen Länder zur Abrüstung veranlassen, während die beiden selbst ein Wettrüsten wie noch nie entfachen.**

**Das Abkommen zwischen Breschnew und Nixon zur "Verhütung von Atomkriegen", das als "Beginn einer Friedensära" in Washington und Moskau gefeiert wurde, hat in Nahost bereits gezeigt, für und gegen wen die Supermächte Frieden schaffen.**

Als die arabischen Länder die israelische Aggression mit dem Krieg zur Befreiung der arabischen Gebiete beantworteten, nahmen die beiden Supermächte gemäß Paragraf 4 und 5 ihres Abkommens "dringende Konslutationen" auf. Über die Köpfe der arabischen Völker handelten sie ihr Diktat aus: Die arabischen Völker sollen gezwungen werden, ihren gerechten Kampf für die Befreiung der von Israel besetzten Gebiete einzustellen. Denn die Zerschlagung der israelischen Aggressoren würde die Vorherrschaft der Supermächte über Nahost gefährden oder gar beenden.

**Die "Friedensstifterei' der Supermächte auf der Grundlage ihres Abkommens richtet sich einzig gegen die um Unabhängigkeit und Frieden kämpfenden Völker. Das haben die Supermächte in Nahost deutlich gemacht.**

In Wien soll von den Supermächten angeblich ein neuer Friedensbeitrag geleistet werden: Abrüstung in Zentraleuropa. **Aber wie verträgt sich das mit dem gleichzeitigen Wettrüsten der Supermächte?**

Seit 1972, als beide das erste Abkommen "zur Begrenzung der strategischen Rüstung" (SALT) unterzeichneten, haben die USA allein ihr Arsenal an atomaren Gefechtsköpfen von 5890 auf 7040 und die Sowjetunion von 2170 auf 2260 erhöht (laut "Stockholmer Institut für Friedensforschung"). Erst im Juni erklärte der amerikanische Kriegsminister Schlesinger, der 79 Milliarden Dollar Kriegshaushalt der USA müsse wegen der sowjetischen Anstrengungen in den nächsten Jahren laufend erhöht werden. Und ebenfalls im Juni bekannte George Ball, ehema-




liger Staatssekretär des State Departement, **Moskau strebe noch immer eine politisch dominierende Rolle auf dem alten Kontinent an. "Deutschland ist das Zentrum unserer Sorgen".**

Die US-Imperialisten, die ihre Vorherrschaft vor allem von Westdeutschland aus errichtet haben und ausüben, machen bereits ihre Pläne, um auch militärisch ihre Stellung in Europa zu sichern. Die "Washington Post' veröffentlichte im August einen Plan von US-Militärexperten. Demzufolge planen die US-Imperialisten im Falle ienes sowjetischen Angriffs im Raum Lüttich und Mainz, Bonn und Kassel den Einsatz von "Herbiziden", die völlige Vernichtung der Vegetation verursachen, um ihren Rivalen besser schlagen zu können.

**In der Tat stehen für die beiden Supermächte die Zeichen nicht auf Frieden oder Abrüstung, sondern auf schärfste Rivalität. Ihre Zusammenarbeit gegen die europäischen Völker verdeckt die Widersprüche zwischen beiden nicht. Im Gegenteil: Als imperialistische Supermächte werden sie stets um die Herrschaft in der Welt miteinander ringen, ihr Komplott wird nur vorübergehend sein, Beide verstärken Vorbereitungen auf Auseinandersetzungen.**

**Angesichts der gewaltigen Aufrüstung entlarven sich die Wiener Gespräche, Verhandlungen und Abkommen als das, was sie sind: Lüge und Betrug. Statt Abrüstung wird dort Schacher um militärische Postionen geführt. Und dieser Schacher richtet sich – wie immer wenn die Supermächte von Frieden und Abrüstung reden – gegen die mittleren und kleinen Länder.**

Denn was verstehen die Supermächte in Wien unter Truppenabbau? US-Kriegsminister Schlesinger erklärte die amerikanische Bereitschaft, US-Truppen aus Europa abzuziehen, allerdings ihre Ausrüstung in Stand zu halten, um jederzeit per Luftbrücke in Europa eingreifen zu können – gegen den Rivalen in Moskau oder gegen europäische Völker, die sich gegen die US-Vorherrschaft erheben. Die beteiligten eruopäischen Länder hingegen sollen ihre Truppen verringern. Das bedeutet für die Supermächte eine weitere Stärkung und für die europäischen Länder eine Schwächung. Gemeinsames Vorgehen gegen die europäischen Völker und auf dieser Grundlage Kampf um die Vorherrschaft in Europa – das ist der Weg, den die Supermächte in Europa gehen.

In Europa werden die Supermächte ebensowenig Frieden schaffen wie in Nahost. Nur wenige Menschen werden sich von dem Abrüstungsgerede in Wien in die Irre führen lassen. Für die Völker Europas steht der Kampf gegen die Supermächte und Imperialismus, die Gefahrenquelle des Krieges, auf der Tagesordnung. Von ihrer Wachsamkeit und ihrem Kampf wird es abhängen, ob in Europa ein neuer Weltkreig entfesselt wird.

# AMI GO HOME!

**Nachdem die US-Imperialisten allzu offen Frachter mit israelischen Hoheitszeichen mit Militärausrüstungen beladen hatten, sahen sich die westdeutschen Imperialisten gezwungen, zumindest verbal Einspruch zu erheben, um dem drohenden arabischen Ölboykott aus dem Wege zu gehen. Die Antwort aus Washington kam prompt: Mit einem gewaltigen Anpfiff zeigten die US-Imperialisten, wer in Europa Herr im Haus ist, wer über Waffenlieferungen von Westdeutschland aus nach Israel bestimmt.**

Inzwischen ist unbestritten, daß die Amerikaner schon seit längerer Zeit Kriegsmaterial, das in Westdeutschland lagert, nach Israel eingeflogen haben. Die "Frankfurter Allgemeine" stellt fest, warum erst eingegriffen wurde, als israelische Schiffe beladen wurden: "Diplomatische Kreise betonten, daß es im Falle des Waffentransportes durch amerikanische Schiffe schwer gewesen wäre, den Bestimmungsort nachzuprüfen. Da aber die israelischen Frachter eindeutig als Schiffe einer kriegführenden Macht zu erkennen gewesen seien, hätte die Bundesregierung keine andere Möglichkeit als die Demarche (diplomatischer Protest) gehabt.' Angesichts des drohenden Ölboykotts gingen die US-Militärs den 'diplomatischen Kreisen' der westdeutschen Imperialisten zu offen vor.

**Die US-Imperialisten reagierten scharf. Eindeutig machten sie klar, daß sie sich von den westdeutschen Imperialisten nicht reinreden lassen bei ihren Aktivitäten von Westdeutschland aus.** Sie drohten mit einer "tiefgreifenden Überprüfung der amerikanischen diplomatischen und politischen Verpflichtungen".

Tatsächlich ist es so, daß die Vorherrschaft der US-Imperialisten in Europa auch für Westdeutschland heißt, daß der US-Imperialismus befiehlt.

Die NATO-Verträge erlauben es den USA auf ihren Militärbasen zu herrschen, als seien sie die Herren im Lande. Mehr noch: Als die US-Imperialisten ihre Truppen wegen Nahost in Alarmbereitschaft versetzten, da waren auch westdeutsche Truppen im Alarmzustand.





Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

## Streik bei Mannesmann

Am Montag (29.10.) um 14 Uhr machen die Eisenbahner den Anfang. Sie haben sich schon früher als besonders kampfstark erwiesen. Gemeinsam mit den Kollegen aus den Verkehrsbetrieben haben sie sich im Sommer eine Lohnerhöhung erstreikt.

Am Abend schließen sich ein Teil des Profilwalzwerkes und die Hauptwerkstatt dem Streik an. Die Stimmung ist gut. Selbst in Abteilungen ohne große Kampferfahrung erklären die Kollegen: "Diesmal müssen wir mitstreiken."

In der Nachtschicht ein wahrhaft seltener Anblick: Mannesmann-Bosse zu später Stunde noch im Betrieb. Sie wollen die Kollegen einschüchtern. Betriebsleiter Wenning vom Siemens-Martin-Werk 1 (SMW 1): **"Der Streik ist illegal, das ist Sache der Gewerkschaften."** Auch ganz hohe Tiere wie Klever tauchen auf.

Am Dienstag morgen schließen sich das ganze PWW und der Hochofen dem Streik an. Das Blasstahlwerk 1 (BSW 1) ist wegen Materialmangels weitgehend lahmgelegt.

Vormittags kommt ein Wisch von der Geschäftsleitung, in dem allen Kollegen, die bis 11 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, die fristlose Entlassung angekündigt wird. Für die Mittagsschicht droht die Geschäftslei - tung mit Aussperrung. Die Kollegen lachen über den Wisch. Sie spüren ihre Kraft. Sie wissen, die Mannesmann-Kapitalisten können nicht alle entlassen.

Gegen Mittag soll eine Versammlung im BSW 1 sein mit dem Ziel, dem Streik beizutreten. Die Stimmung unter den Kollegen ist hervorragend, die Kampfsituation ausgezeichnet.

## Kampf der Kollegen ... Schande der D'K'P

Im Laufe des Nachmittags änderte sich plötzlich das Bild. Gegen Dienstag abend begann der Streik abzubröckeln. Am Mittwoch morgen hatten die Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik war zusammengebrochen.

Wie konnte das passieren, nachdem der Streik zunächst einen so überaus günstigen Verlauf genommen hatte? Auf der einen Seite ist es richtig, daß die Geschäftsleitung die Kollegen in übelster Weise hintergangen hat, indem sie Notbesatzungen zur Wiederaufnahme der Produktion mißbraucht hat, was ziemliche Verwirrung unter den Kollegen ausgelöst hat.

**Der Hauptgrund für den Zusammenbruch des Streiks aber war der Verrat der modernen Revisionisten von der D'K'P.** Der Verrat war von Anfang an geplant. Das wurde klar, als die Revisionisten die Forderung der Kollegen "Weiterzahlung der 70,- DM!" in die Parole "Weiterzahlung der 70,- DM bis zum Abschluß des neuen Lohntarifvertrages verfälschten. Da zu diesem Zeitpunkt bereits abzusehen war, daß die Tarifverhandlungen vorgezogen würden, lief diese D'K'P-Parole darauf hinaus, den Kollegen zuzumuten, für ganze 70 DM mehrere möglicherweise unbezahlte Streikschichten hinzunehmen.

• • • •

Wie sehr den Revisionisten daran gelegen war, den Streik in den Griff zu bekommen, mag folgende Episode verdeutlichen: Am Dienstag morgen drohte ein D'K'P-Vertrauensmann einem Mannesmann-Kollegen, der Mitglied der KPD/ML ist, Prügel für den Fall an, daß er Blödsinn mache. – Was diese Revisionisten unter "Blödsinn" verstehen, wissen wir inzwischen: Wenn die Arbeiter kämpfen, ist das "Blödsinn'. Wenn die Arbeiter stillhalten, ist das "realistisch."

In der kritischen Phase des Streiks gingen die Revisionisten noch einen Schritt weiter auf dem Weg des Verrats: Sie erklärten den Kampf der Mannesmann-Kollegen in einem Flugblatt schlicht zu einem Warnstreik, mit dem die Kollegen die Verhandlungsposition der IG Metall für die Verhandlungen am 31.10. stärken wollten." In Wirklichkeit dachten die Kollegen nicht im Traum daran. Gleichzeitig hatten die Mitglieder der D'K'P im Vertrauensleutekörper offensichtlich Anweisung, alles zu tun, um den Streik abzuwürgen. Ein Vertrauensmann, der unter D'K'P-Einfluß steht, antwortete – auf den Zusammenbruch des Streiks angesprochen – vieldeutig: **"Laß mal, das machen wir auf andere Weise!"**

Wie sie es machen, das haben sie gezeigt. Sie haben den Streik abgebrochen, weil sie fürchteten, daß der Funke von Mannesmann sich in der nahen Tarifrunde zum Steppenbrand ausweiten könnte. Die D'K'P hat es wieder einmal bewiesen: Sie ist nichts anderes als eine Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung.

98 Kollegen wurden von der Geschäftsleitung an der Wiederaufnahme der Arbeit gehindert und fristlos entlassen. Inzwischen hat sich die Liste der von Entlassung bedrohten Kollegen auf 121 erhöht. Darunter auch Kollegen, die während des Streiks aus Krankheits- oder Urlaubsgründen gar nicht in der Hütte waren. Allein diese Formfehler nimmt die Ortsverwaltung Duisburg der IG Metall zum Anlaß, um gegen die Entlassungen zu protestieren. Die Verteidigung des Streikrechts der Arbeiter – darüber verlieren sie natürlich kein Wort. Die D'K'P jammert, die Entlassungen seien verfassungswidrig, weil "sie einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht darstellten". **Aber die Kollegen wissen, wie die Entlassung der 114 (7 Entlassungen sind inzwischen zurückgenommen worden) verhindert werden kann: Wenn einer fliegt, muß die Hütte still liegen.**

**WEITERZAHLUNG DER 70,– DM!**

**KEINE EINZIGE ENTLASSUNG!**




Fortsetzung von Seite 2

## Ami go home!

**Ein Soldat aus Flensburg berichtete, daß die westdeutsche Kriegsmarine im Rahmen der Nato am 26.10. abends in Alarmbereitschaft versetzt wurde, und sämtliche Kriegsschiffe aufmunitioniert wurden. Die Mannschaften hatten Ausgangssperre und U-Boote sollen am Montag sogar ausgelaufen sein, mit dem Befehl, die 'Ostseeausgange zu sichern."**

Aber nicht nur die militärischen Beziehungen zeigen, wer Herr im Haus ist: Der Telefonabhörskandal des CIA in Westdeutschland offenbarte, daß der US-Imperialismus das Recht hat, jedermanns Telefon in Westdeutschland heimlich abzuhören. Und nicht zuletzt: amerikanisches Kapital (Ford, General Motors, ITT, Dow Chemical u.s.w.) beutet die westdeutsche Arbeiterklasse genauso aus wie das westdeutsche Kapital es tut.

Die Bundesregierung als Sprecher der westdeutschen Imperialisten aber betont immer wieder, ... der USA in Europa sei. **Gerade die Anwesenheit beider Supermächte in Europa, von der Ausnutzung ihrer Widersprüche versprechen sich die westdeutschen Imperialisten eine Chance zum eigenen imperialistischen Aufstieg.**

Und so klang es auch nach dem Anraunzer aus Washington recht kläglich aus dem Munde von Regierungssprecher Grünewald: **Der diplomatische Einspruch der Bundesregierung sei als eine 'politische Bitte' zu verstehen gewesen.**

Die westdeutschen Imperialisten werden gegen die US-Imperialisten und ihre Machenschaften in Europa und Westdeutschland keinen Finger rühren. Sie selbst stehen im Gefolge dieser Machenschaften. Der US-Imperialismus kann einzig durch den revolutionären Kampf unseres Volkes verjagt werden, samt seinen Verbündeten, den westdeutschen Imperialisten.

Ami go home!

Ausländische Truppen raus aus ...




## "Klarer Kurs"

Die Müllarbeiterstreiks für Teuerungszulagen liegen ÖTV-Chef Kluncker und Konsorten schwer im Magen. So schreiben sie in der Eilnachricht "Klarer Kurs für die Tarifaktion 74" zur Frage der 'Gefahr der wilden Streiks': "Die große Tarifkommission sieht sich außerstande..., die Unterstützung derartiger Aktionen oder die Übernahme ihrer Forderungen für den gesamten öffentlichen Dienst zu empfehlen."

Die ÖTV-Führung hatte die breite und kämpferische Bewegung für Teuerungszulagen nur dadurch abblocken können, daß sie in einem unverschämten Betrugsmanöver die Einführung des 13.Monatseinkommens als Teuerungszulage propagierte. In Wirklichkeit stand für alle Kollegen fest, daß das 13. Monatseinkommen längst fällig war. 150 Kollegen der Chirurgischen Uniklinik München beispielsweise betonten, als sie die Forderung nach einem 13. Monatsgehalt aufstellten, direkt: "Dies ist kein Ersatz für eine zu fordernde Teuerungszulage."

Als ÖTV-Funktionär Fuchs in Münchner Krankenhäusern versuchte, die 15%-Forderung der ÖTV-Führung durchzudrücken, mußte er erkennen: die Kampfmoral der Kollegen, ihre Erfahrungen mit Kapital und verräterischen Gewerkschaftsführern sind gestiegen. Die Kollegen sind zum Kampf entschlossen. Die Kollegen des Krankenhauses Perlach, des Krankenhauses Schwabing und der Chirurgischen Uniklinik (links der Isar) forderten linear 230,– DM mehr für alle. Das entspricht rund 19% aus der mittleren Lohnstufe KR 6 (Stufe 5). Als Urlaubsgeld (gibt es bislang im öffentlichen Dienst noch nicht) schlug Fuchs in der chirurgischen Klinik ganze 200,– DM vor. Die Kollegen aber forderten 500,– DM einheitlich für alle. Die kämpferischen Kollegen, die sich für diese Forderungen eingesetzt hatten, wurden anschließend zu Vertrauensleuten gewählt.

Fuchs gab zu verstehen: "Fordert nur, was ihr wollt, festlegen werden WIR!" Aber immer mehr Kollegen sehen den Kurs klar: Dann wird der Tariffrieden gebrochen!

Genosse aus München

## Jugendversammlung der IGM in Hamburg

Die Bonzen kriegten schon vor der Versammlung das große Zittern. Sie durchbrachen den Beschluß, nach dem alle interessierten Kollegen zu der Versammlung hätten eingeladen werden sollen und luden nur die Jugendvertreter ein. Aber ihre Rechnung ging nicht auf: die Jugendvertreter brachten die Kollegen einfach mit. Auch lange Abwiegelungsreden, und der übliche Apell "Nichts ohne die Gewerkschaftsführung zu tun", fruchteten nichts. Die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. Daran konnten auch die verzweifelten Anstrengungen der Revisionisten nichts ändern. Kollegen von HDW legten die Forderung von 600,– DM Existenzlohn auf den Tisch. Sie wurde mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wurde auch eine Resolution zur sofortigen Zurücknahme der sogenannten 'Extremistenbeschlüsse'. Als dann in einer Solidaritätsadresse an die streikenden Kumpels im Saargebiet nicht nur der Verrat der Gewerkschaftsführung entlarvt wurde, sondern auch gegen das kapitalistische System, für den Sozialismus Stellung bezogen wurde, war der Ofen für die Jungbonzen aus: Sie schlossen kurzerhand die Sitzung. Die Kollegen aber machten auf eigene Faust weiter und forderten in einem weiteren Antrag noch den sofortigen Austritt aus der 'konzertierten Aktion'. Nach der Versammlung ließ Jugendsekretär Hahn verlauten, die Beschlüsse seien ungültig, weil sie vor Beginn der Versammlung nicht schriftlich vorgelegen hätten. Das klang den Kollegen noch in den Ohren, als sie beim Verlassen des DGB-Hauses ein DGB-Plakat lasen: "Du hast Recht – nutze es!"

RG-Genosse aus Hamburg

## Ein guter Erfolg

Korrespondenz. Die IG-Metall führt jedes Jahr einen 'Monat der Jugend' durch: Dieses Jahr läuft der Werbemonat unter dem Motto: "Für ein besseres Jugendarbeitsschutzgesetz".

Auch in Kempten fand dazu eine große Veranstaltung statt, auf der Jugendliche aus dem ganzen Allgäu zusammenkamen. Ein Gewerkschaftsfunktionär hielt ein Referat von 10 Minuten (Inhalt etwa: Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist ganz gut, nur muß einiges verbessert werden, das wichtigste ist, daß wir über die Gesetze Bescheid wissen, blablabla). Zu einer Diskussion konnte es gar nicht kommen. Sofort nach dem Referat setzte lautstarke Beatmusik ein, bei der es unmöglich war, sich auch nur mit seinem Nebenmann zu unterhalten.

Mit Demagogie und Beat will so die Gewerkschaftsführung ihr Image aufpolieren.

Dafür ist der IGM kein Preis zu hoch. Die Busse, mit denen die Jugendlichen kamen, die Kapelle (ca. 600 DM) und den Funktionär, der für sein 10-Minuten-Referat extra aus Augsburg kam, finanzierte die IGM mit unseren Mitgliedsbeiträgen. Auf diese Tour versucht sie Mitglieder zu kaufen.

Doch nicht alle Jugendlichen ließen sich von Beat und Pop einlullen. Wir verkauften auf der Veranstaltung ca. 15 Rote Morgen, einige China im Bild, Breshnew-Broschüren und verteilten das Flugblatt "Aufenthaltsgenehmigung für M. Adrom". Ca. 40 Unterschriften bekamen wir dann auch zusammen. So manchen, dem es langweilig wurde, sah man dann Rote Morgen oder China im Bild lesen.

So war die Veranstaltung zwar weniger für die IGM, umso mehr aber für uns ein ...

# "Dann habe ich eben Gedächtnisschwund"

Frage an den Zeugen Schmitz, Oberwachtleiter des Werkschutzes von BMW in München:
"Gibt es eine Dienstordnung für den Werkschutz? "
Staatsanwalt: "Die Frage ist unzulässig."
Es wird geklärt, daß die Frage zulässig ist, soweit sie im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Beleidigung steht.
Aber Schmitz weigert sich: "Ich beantworte diese Frage nicht."
Richter: "Durch welche Vorschrift sehen Sie sich gehindert, die Frage zu beantworten? "
Oberwachtleiter Schmitz: "Ich habe mündliche Weisung, BMW-interne Sachen nicht preiszugeben."
Richter: "Entweder wissen Sie es nicht, oder Sie müssen antworten."
Schmitz: "Dann habe ich eben Gedächtnisschwund."

**Das ist nicht etwa eine Szene aus einem oberbayrischen Schwank, sondern das geschah im Oktober 1973 im Amtsgericht München.**

Drei Genossen, die wegen Beleidigung des Werkschützlers Schmitz zu je 400 DM Strafe verurteilt worden waren, haben gegen dieses Urteil Widerspruch eingelegt.
Im 'Roten Anlasser', der Betriebszeitung der KPD/ML bei BMW-München, war im Dezember 72 folgender Satz gestanden: "Schon um fünf Uhr früh ist der Ober-SSler und Werkschützler Schmitz vor dem Tor und schnüffelt." Schmitz ließ damals den 'Roten Anlasser' beschlagnahmen. Sofort erschien die Polizei, führte die Genossen ab, einen von ihnen mit Handschellen. Er soll jetzt 3 Monate Gefängnis ohne Bewährung wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt werden.
Einer der drei Angeklagten ist der Genosse Werner Lukas, der als Verantwortlicher des Flugblatts zeichnete.

**Frage an Schmitz**: "Ist die Polizei auf ihre Veranlassung gekommen? "
**Schmitz**: "Nein, die Polizei ist nicht auf meine Veranlassung gekommen. Die Polizei fährt ständig um das Werk herum."
— Nach einer Pause eröffnet die Verteidigung die Verhandlung mit der Protokollierung eines Vorfalls, der sich während der Pause ereignet hatte. Ein Zuschauer hatte zufällig mitgehört, wie Schmitz zum Zeugen Breitsamer, dem Polizisten, der das Flugblatt damals beschlagnahmen ließ, gesagt hat:

"Ich habe gerade in der Verhandlung gesagt, daß ich Sie an dem Tag nicht angerufen habe."

Am 2. Verhandlungstag wird der Polizist Breitsamer als Zeuge vernommen. Das Gespräch mit Schmitz in der Pause des 1. Verhandlungstages leugnet er. Außerdem bestätigt er die Schmitz-Aussage, daß er an jenem Morgen nicht von Schmitz angerufen worden ist. Nicht Schmitz habe ihn bewogen, das Flugblatt zu beschlagnahmen, sondern er selber habe das entschieden. Er habe das Flugblatt gelesen, sagt der Zeuge Breitsamer (man rekonstruiert: ein sechsseitiges Flugblatt während einer drei Minuten dauernden Autofahrt, also eine Seite in 30 Sekunden); und er habe sich dabei die wichtigsten Dinge unterstrichen.

Später muß er dann doch zugeben, daß er von Schmitz an jenem Morgen angerufen wurde. Aber Schmitz habe ihm nicht gesagt, daß er das Flugblatt beschlagnahmen soll.

Daraufhin wird Schmitz in dieser Sache nochmal vernommen. Jetzt wird er weich. Er gibt zu, in der Verhandlungspause mit Breitsamer darüber gesprochen zu haben.

Und hat er nun beim Polizeirevier angerufen oder nicht?

"Nein, ich habe nicht angerufen. An diesem Tag bestimmt nicht. Ich weiß nicht mehr genau, wie es war. Es ist möglich, daß ich angerufen habe."

## Der Richter

**Und so geht das während des gesamten Prozesses. Immer wieder verheddern sich Richter, Staatsanwalt, Kläger und ihre Zeugen in dem Lügengewebe, das sie selbst gesponnen haben. Und warum? Weil sie von den angeklagten Genossen und ihrem Verteidiger in die Ecke gedrängt werden. Weil die Genossen für ihre gerechte Sache offensiv vorgehen. Denn sie wissen genau, daß sie vor den Schranken der kapitalistischen Klassenjustiz nicht mit einem 'fairen Prozeß' rechnen können.**

Der Richter will die Entlarvung der Klassenjustiz verhindern, er gibt sich anfangs großzügig und liberal.
"Ich verstehe, daß Ihnen meine liberale Verhandlungsführung nicht paßt; das paßt eben nicht in ihr Bild von einem bürgerlichen Gericht."

Und kurz darauf: "Herr Schmitz, antworten Sie doch bitte, wenn Sie nicht antworten, kann ich die Wahrheit nicht finden, und dann muß ich die Angeklagten freisprechen." ...

**Als bei Beginn des Prozesses die Genossen das System der Klassenjustiz entlarven, werden sie von den anwesenden Zuhörern mit großem Beifall unterstützt. Darauf der Richter:**
**"Dies ist keine politische Veranstaltung. Sowohl Beifalls- als auch Mißfallensäußerungen sind untersagt. Ich lasse sonst den Saal räumen.**

## Der Zeuge

**Schmitz:** "Ich bin hauptberuflich als Oberwachtleiter des Werkschutzes bei der BMW angestellt. ...Es ist keine besondere Qualifizierung und Ausbildung für die Funktion eines Werkschutzmannes notwendig. Wir tragen keine Waffen... Ich besitze einen Waffenschein. Seit 9 Jahren. Ich bin Sportschütze."

**Frage:** 'Welche Aufgaben hat der Werkschutz? "

**Schmitz:** "Für den inneren Schutz des Werkes zu sorgen und die Arbeitsplätze zu erhalten."

**Frage:** "Sie haben gesagt, daß sie sonst nichts tun, stimmt das? "

**Schmitz:** "Natürlich arbeite ich sonst nichts."

## So etwas ist nicht zugelassen

**Frage:** "Was halten Sie vom spontanen Streik? "

**Schmitz:** "So etwas ist nicht zugelassen."
...der Streik der Italiener (im Sommer 73, die Red.) war spontan, damit waren die Arbeitsplätze gefährdet. Die Maßnahmen der Betriebsleitung waren daher gerechtfertigt."

**Frage:** "Warum haben die Italiener überhaupt gestreikt? "

**Schmitz:** 'Es ging um eine Mark mehr pro Stunde."

**Frage:** "War diese Forderung gerechtfertigt? "

**Schmitz:** "Ich bin kein Jurist, sondern nur ausübendes Organ. Die Tatsache des Streiks genügt. Bei einem spontanen Streik ist es Aufgabe des Werkschutzes einzugreifen."

**Frage:** "Bei welchem Streik muß denn der Werkschutz nicht eingreifen? "

**Schmitz:** 'Wenn sie ordentlich gemeldet sind. Wenn sie ihre Richtigkeit haben. Wenn der Betriebsrat zustimmt und die Geschäftsleitung informiert ist, dann ist das legal. Illegal ist jeder spontane Streik, da ist jede Frage überflüssig."

**Jeder kann erkennen, was hier vor sich geht. Mehr und mehr bröckelt der Putz von der friedlichen Fassade des Werkschutzes ab. Das ist kein Altmännerverein zum Öffnen und Schließen der Werktore, das ist die Schutztruppe der Kapitalisten im Betrieb.**

**Frage:** "Warum sind Sie zur politischen Polizei gegangen? "

**Schmitz:** "Das kann mir keiner vorschreiben... Weil es auf dem Weg lag." (Gelächter unter den Zuschauern. Richter zu den Zuschauern: "Zwingen Sie mich nicht Gewalt anzuwenden.").

**Verteidiger:** "Auf welchem Weg lag das? "

**Schmitz:** "Ich hatte in der Stadt zu tun. Es besteht keine besondere Verbindung zur politischen Polizei."

**Frage:** "Warum sind Sie überhaupt zur politischen Polizei gegangen? "

**Schmitz:** "Weil das eine politische Straftat ist."

## Der Beweis

**Verteidiger:** 'Können Sie ausschließen, daß frühere SSler beim Werkschutz tätig sind? "

**Schmitz:** "Nein."

**Frage:** "Untersuchen Sie die Anordnungen, die Sie bekommen, auf ihre Rechtmäßigkeit? "

**Schmitz:** "Soweit ich kann schon."

**Frage:** "Waren die Anordnungen beim Italiener-Streik gerecht? "

**Einspruch des Richters:** "Die Frage braucht er nicht zu beantworten. Durch die Beantwortung würde er sich gegebenenfalls einer disziplinarischen Maßnahme durch seine Firma aussetzen."

Einer der Genossen erklart, daß das die gleiche Taktik ist, die alte SS-ler einschlagen, wenn sie sich auf Befehlsnotstand berufen. Und diese Taktik wird vom Richter gefördert und unterstutzt.

**Richter:** "Daß Sie mich angreifen, wundert mich nicht, Sie haben halt gewisse Vorstellungen von Richter."

Ein Genosse: "Es ist klar, daß der Werkschutz ein Instrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter ist. Und deshalb wollen Sie diesem Mann natürlich die Beantwortung von solchen Fragen ersparen."

**Und wenn es gar nicht mehr anders geht, wenn auf Druck der Angeklagten und der Verteidigung der Zeuge aussagen muß, dann hat er eben Gedächtnisschwund.**

**Während in Berlin Genossen der RAF zu 6 Monaten Haft verurteilt werden, weil sie zu bestimmten Fragen nichts aussagen wollen und schweigen, erhält der Zeuge Schmitz eine Geldstrafe von 100 DM für seinen 'Gedächtnisschwund'. Die 100 DM kriegt er leicht zurück. Solche Treue honorieren seine Auftraggeber mit Gehaltsaufbesserungen.**

**Frage:** "Wer hat Ihnen die Anweisung gegeben, auf diese Fragen, die BMW-intern sind, nicht zu antworten? "

Richter lehnt die Frage ab. Das Gericht beschließt, daß die Frage nicht zugelassen wird, da sie nicht sachdienlich ist.
Ein Genosse erklärt, daß die Beantwortung solcher Fragen notwendig ist, um die Parallelen zwischen SS und Werkschutz zu beweisen.

Aber ab jetzt, am 3. Verhandlungstag, wird jede Frage nach der Struktur des Werkschutzes abgelehnt.

Methoden des Werkschutzes werden entlarvt. Bei einer Werksbesichtigung hatte er ehemalige Arbeiter der BMW festnehmen lassen, beim Italiener-Streik war die Werkschutztruppe gegen die Streikenden eingesetzt worden. Schmitz streitet alles ab. Er hat den Befehl zum Schweigen bekommen. Und das führt er durch. Über Struktur und Aufgaben des Werkschutzes — kein Wort mehr.

Schließlich erklärt Schmitz, Beamte der politischen Polizie hätten ihn zwecks Abfassung der Anzeige mehrmals besucht.

**Frage:** "Kann es sein, daß Sie ein Blankoformular der Anzeige unterschrieben haben? "

**Schmitz:** "Ja."

**Am Ende des 4. Verhandlungstages legt einer der drei Genossen die Tatsachen klar auf den Tisch. Diese Justiz ist nicht neutral, sie dient den Kapitalisten. Als es für die BMW-Kapitalisten gefährlich wurde, als die Parallelen zwischen SS und Werkschutz immer deutlicher wurden, da gibt es keinen 'Liberalismus' des Richters mehr, da wird offen und ehrlich im Sinne der Kapitalisten Gericht abgehalten. Am 7.11. soll der letzte Verhandlungstag sein. Aber das Urteil ist längst gesprochen. Die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger, Werk-**

# Sofortige Freilassung des Genossen Werner Lukas!

**Am 25.10.73 wurde Genosse Werner Lukas, 24 Jahre alt, auf seiner Arbeitsstelle, der Metallwerke Olsberg GmbH in Essen, von der Polizei verhaftet und weggeschleppt. Da Werner sich noch in der Probezeit befand, wurde ihm sofort gekündigt.**

Bis heute, fast zwei Wochen nach seiner Verhaftung, fehlt jede Nachricht von Werner! Selbst seine Mutter erfuhr zunächst nichts von seiner Verhaftung, obwohl Werner bei ihr in Heilbronn gemeldet ist und Polizei und Justiz sich deshalb zuerst an diese Adresse hätten wenden müssen. Noch am 2.11. mittags lautete die Auskunft der Essener Polizei an beunruhigte Genossen: Über Werner Lukas liegt keine Meldung vor... Die Firma teilte nur mit, sie habe Werner gekündigt, sonst verweigerte sie jede Auskunft!

Allein den Kollegen Werners ist es zu verdanken, daß am Freitag abend wenigstens seine Verhaftung bekannt wurde. Erst jetzt, wo ihr Einsatz nicht mehr zu verheimlichen war, gab die Polizei zu, Genossen Werner verhaftet zu haben.

Alles, was bis heute, den 4.11. bekannt ist: Werner ist am 25.10.73 auf Grund eines Haftbefehls aus München verhaftet worden, die Anklage lautet auf "öffentliche Billigung von Verbrechen".

**Das ist nun das zweitemal innerhalb von vier Wochen, daß jemand planmäßig von der Polizei überfallen undmit völlig illegalen Methoden in Haft gehalten wird, einzig und allein deshalb, weil er Kommunist ist.**
Günther Wagner wurde verhaftet, weil sein Name unter einem Flugblatt gegen die Mißhandlung politischer Gefangener in deutschen Gefängnissen stand. Hier ging es der Bourgeoisie darum, den Inhaber des Spendenkontos der KPD/ML zu kriminalisieren.

**Werner Lukas soll eingesperrt werden, weil er für die Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML in Bayern presserechtlich verantwortlich gezeichnet hat.**

"Billigung von Verbrechen" sagt die Klassenjustiz. Sehen wir uns die bisherigen Urteile der Klassenjustiz gegen Genossen Werner an:

Der Kapitalist Walter in Marktoberdorf wird Ausbeuter genannt — Strafe 300 DM. Der Werkschutzleiter von BMW in München wird 'Ober-SSler" genannt — Strafe 400 DM. Die brutalen Methoden des Heimleiters vom Berlepschheim werden angeprangert — Strafe 1.200 DM. Außerdem laufen eine Reihe anderer Verfahren, darunter wegen staatsgefährdender Zersetzung.

**Aber mit Schnelljustiz und Überfällen auf einzelne Genossen kann nicht verhindert werden, daß in diesem Land die Wahrheit gesagt und für das Recht der arbeitenden Klasse gekämpft wird.**

Und Wahrheit ist, daß die sogenannten Unternehmer Ausbeuter sind, daß die gesamte Kapitalistenklasse und ihr Staat nur auf Grund des Diebstahls an den Werten, die die Werktätigen schaffen, überhaupt existieren. Wahrheit ist, daß die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft über die ausgebeutete Klasse nur auf Grund einer brutalen Diktatur aufrechterhalten kann.

Wahrheit ist, daß die Kapitalistenklasse nicht nur uns ausraubt und unterdrückt, sondern auch danach trachtet, auch andere Völker ihrer Diktatur zu unterwerfen.

**Wahrheit ist darum auch, daß es Recht und Freiheit für die Arbeiterklasse, für das Volk erst dann gibt, wenn die Ausbeuterklasse in der bewaffneten Revolution gestürzt worden ist.**

**Nach den Kämpfen dieses Jahres sagen breite Teile der Arbeiter, auch wenn sie noch nicht das gesamte Programm der Partei akzeptieren: die Kommunisten haben so unrecht nicht.**

**In diesem Jahr konnte jeder sehen, die Gewalt des Staates richtet sich nicht gegen 'Chaoten', gegen "kleine kommunistische Sekten", Polizeiknüppel und Justiz treffen die Arbeiterklasse, das unterdrückte Volk und die Kommunistische Partei.**

In diesen Kämpfen, die von der KPD/ML nach Kräften unterstützt wurden, ist das Vertrauen in die Partei gewachsen. Der Haß auf den Klassenfeind hat sich vertieft.
**Deshalb werden die Methoden, mit denen Polizei und Justiz gegen Kommunisten, aber genauso andere fortschrittliche Menschen vorgehen immer heimtückischer, deshalb scheuen Polizei und Justiz immer mehr das Licht der Öffentlichkeit.**

**Aber das hilft ihnen nichts!**

Erinnern wir uns an die breite Welle der Solidarität für die Arbeiter bei Ford in Köln!
Erinnern wir uns daran, daß erst vor kurzer Zeit der Klassenfeind den Genossen Uli Kranzusch aus seinen Gefängnissen entlassen mußte, weil wir in den Kampf getreten sind!
Erinnern wir uns, daß durch den entschlossenen Kampf der Partei, der Kollegen bei Thyssen, von fortschrittlichen Kräften und Organisationen in ganz Westdeutschland und Westberlin der Klassenfeind den Genossen Günther Wagner nicht nur aus dem Gefängnis entlassen, sondern auch im Betrieb wieder einstellen mußte.
Dieser Sieg konnte errungen werden, weil wir einig und unter der revolutionären Führung und Organisierung der Partei gekämpft haben!

Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen!
Unter dieser Losung kann und wird auch der Genosse Werner Lukas freigekämpft werden!

**SOFORTIGE FREILASSUNG DES GENOSSEN WERNER LUKAS!**
**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**
**SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON WERNER LUKAS!**
**STOPPT DEN TERROR VON POLIZEI UND JUSTIZ!**
**HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!**
**DER KOMMUNISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!**

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

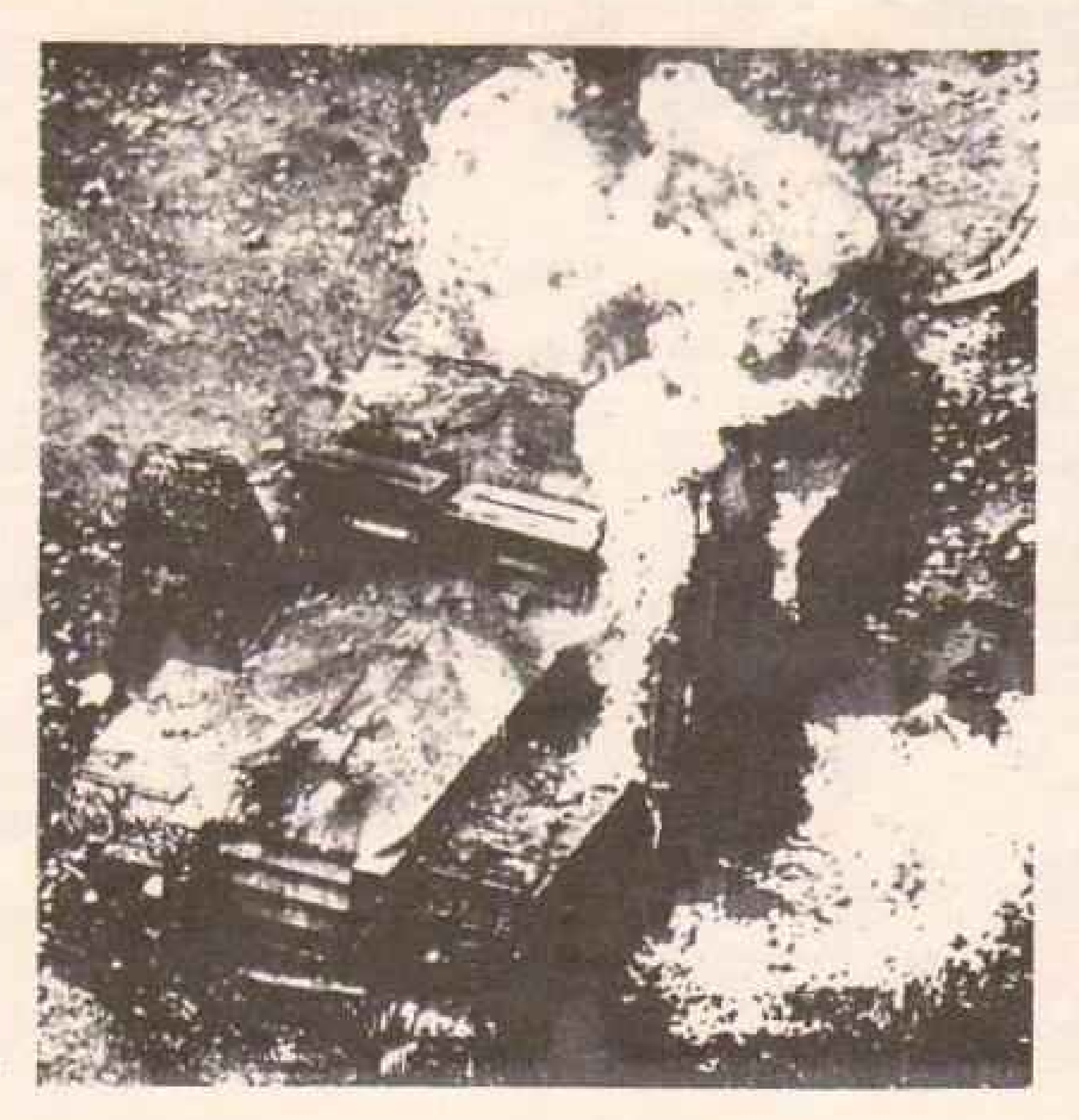
## Irland: Drei Revolutionäre aus dem Gefängnis befreit

**Die Freiheitskämpfer der IRA haben am 1.November drei Führer des bewaffneten Kampfes in Irland aus dem Gefängnis befreit. Mit einem Hubschrauber landeten sie im Hof des Gefängnisses Montjoy. Unter dem Schutz der übrigen politischen Gefangenen in diesem Zuchthaus, die die Aktion gut vorbereitet hatten, bestiegen Seamus Twomey, Jim O'Hagan und Kevin Mallon den Hubschrauber und flogen in die Freiheit. Vom irischen Volk wird diese kühne Tat begeistert gefeiert. Sofort tauchten in den Straßen von Belfast Flugblätter auf, die in einem neuen Kampflied von der Befreiung berichteten. Denn trotz Verfolgung und Polizeiterror ist der Kampf des irischen Volkes um nationale Freiheit ungebrochen.**



Nur wenige Tage vor der Flucht der drei Freiheitskämpfer hatten die britischen Besatzer und das einheimische Regime in Belfast eine Großrazzia veranstaltet. Mindestens 17 Menschen wurden verhaftet. Welches Schicksal in den irischen KZ's auf sie wartet, ist bekannt: Foltern, lange Haftstrafen.

Aber läßt sich das irische Volk durch diese blutige Verfolgung, durch Morde, Provokationen, durch die britische Besatzerknute schrecken? Nein! Ein Genosse, der in diesem Sommer Irland besuchte, berichtete von der Kampfbegeisterung der Arbeiter und Bauern: "Ich habe unter der Bevölkerung fast niemanden gefunden, der nicht bereit war, für die Befreiung des Landes von den britischen Imperialisten zu kämpfen. Mit der Lüge, hier werde ein 'Religionskrieg' zwischen Katholiken und Protestanten ausgetragen, versuchen die britischen Aggressoren und das Cosgrave-Regime, die kämpfenden Volksmassen zu spalten. Gewiß — die Religionsfrage ist hier bei der Bevölkerung noch eine wichtige Frage. Aber sind nicht die Armen und Unterdrückten diejenigen, gegen die sich der Kampf der britischen Imperialisten richtet — gleichgültig, zu welcher Religion sie gehören? Immer mehr erkennen diese Tatsache, und sind bereit, sich am Kampf aktiv zu beteiligen — oder doch zumindest die Kämpfer auf irgendeine Weise zu unterstützen. Ich habe selbst erlebt, wie bei einer Kundgebung sich spontan ein Demonstrationszug zu dem Gefängnis organisierte, um die gefangenen Brüder zu befreien. Die Massen versuchten, in dieses Gefängnis einzudringen — mit Steinen, Knüppeln und Messern bewaffnet. An diesem Tag war die Polizei — noch — stärker. In den Lokalen, die ich besuchte, saßen die Bauern beieinander und sprachen ganz offen von ihrer Hoffnung: Dem Sieg über die britischen Besatzer. 'Die Rote Fahne ist eine gute Fahne', sagten sie zu uns. Jede Niederlage des Feindes wird mit Jubel begrüßt — bei einer Razzia, bei Strafaktionen, bei Patrouillengängen. Die Frauen unterstützen ihre Männer aktiv im Kampf. Sie warnen sie vor anrückenden Soldaten, versorgen die Kämpfer mit Nahrung oder verstecken die Verfolgten. Die Kinder werden zu glühendem Haß gegen die englischen Besatzungstruppen erzogen. Selbst sie sind bereit — und sei es nur durch kleine Botengänge — für die Freiheit des Vaterlandes zu kämpfen. Hier sind nicht 'Terroristen' oder 'Einzelgänger' am Werk, wie die bürgerliche Presse oft behauptet. Hier ist ein Volk aufgestanden im bewaffneten Kampf!"



## Friedensnobelpreis an Kissinger: Ehrung für US-Verbrechen

Das Nobelpreiskomitee des norwegischen Parlaments in Oslo hat beschlossen, den diesjährigen Friedensnobelpreis zu gleichen Teilen an den US-imperialistischen Außenminister Kissinger und an das Mitglied des Politbüros der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duc Tho, zu verleihen. Le Duc Tho lehnte die Annahme dieses windigen Friedenspreises ab.

Man muß sich das vorstellen: Auf der einen Seite Kissinger, der Vertreter des räuberischen US-Imperialismus, der Giftgas- und Napalmstrategen, der Mörder von Frauen, Kindern und Greisen, die es niemals freiwillig lassen werden, sich fremde Länder zur Sättigung ihres Rohstoff- und Profithungers auf die eine oder andere Weise zu unterwerfen und ihre imperialistischen Herrschaftsansprüche durchzusetzen mit sogenannten "friedlichen" Mitteln oder mit dem Mittel des Ausrottungskrieges. **Auf der anderen Seite Le Duc Tho, der Vertreter des kämpfenden Volkes von Vietnam, der unzähligen Helden, Männer und Frauen, die durch ihren entschlossenen und todesmutigen Kampf dem US-Imperialismus eine entscheidende Niederlage zufügten, sodaß ihm nichts anderes übrig blieb, als an den Verhandlungstisch zu flüchten.** Was ist das Ziel einer solchen Preisverleihung?

Das Ziel dieser üblen Machenschaft ist, die Verhandlungen als die entscheidende Sache im Vietnamkrieg hinzustellen und so die **Illusion zu wecken, als könne das vietnamesische oder irgendein anderes Volk in Verhandlungen die Befreiung vom Joch des Imperialismus erreichen, ohne daß es ihn im bewaffneten Kampf des ganzen Volkes, im Volkskrieg besiegt und zum Frieden zwingt.** Die unverschämte Verleihung des Friedensnobelpreises an Kissinger war nichts als ein Speichelleckerdienst für den blutrünstigen US-Imperialismus.

Den Frieden kann nur erringen, wer die Ursache des Krieges, den Kapitalismus und Imperialismus und deren Vertreter, die imperialistischen Mörder und Räuber, mit der Waffe bekämpft und besiegt. Solange es sie gibt, wird es immer wieder Kriege geben, erst wenn sie endgültig besiegt sind, werden Kriege der Vergangenheit angehören.

**Das vietnamesische Volk hat den Frieden nicht dadurch errungen, daß die US-Imperialisten plötzlich "vernünftig" oder "menschlich" geworden sind, sondern allein durch seinen heldenhaften Kampf und seinen Sieg über die bis an die Zähne bewaffneten US-Imperialistischen Eindringlinge.**

## Hört die revolutionären Sender !



**RADIO TIRANA**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| 6.00 – 6.30 | 41 und 5o Meter<br>215 Meter |
| 13.00 – 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 14.30 – 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 – 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 – 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 – 19.30 | 41 und 5o Meter<br>215 Meter |
| 23.00 – 23.30 | 41 und 5o Meter<br>206 Meter |

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entsprechen knapp 1400 KHz (Mittelwelle)
206 Meter entsprechen 1456 KHz (Mittelwelle)

**RADIO PEKING**

| | |
|---|---|
| 19.00 – 19.30 | Immer 43,7; 42,8 |
| 21.00 – 22.00 | und 26,2 Meter |

## Kambodscha: Schlappe der Sozialimperialisten

**Als im September dieses Jahres die Befreiungskämpfe der bewaffneten Kräfte des kambodschanischen Volkes zunahmen und die Verräterclique Lon Nol vernichtende Niederlaegn erlitt, gaben die sowjetischen Sozialimperialisten heuchlerische Ratschläge zur Bildung einer Koalitionsregierung mit den reaktionären Parteien des Landes; angeblich, um Frieden zu stiften, in Wirklichkeit, um die Reaktionäre vor ihrem sicheren Untergang zu retten.**

Die Befreiungskräfte des Landes wiesen diese 'Ratschläge' entschieden zurück und forderten die Anerkennung der einzig rechtmäßigen Königlichen Regierung der National-Union von Kambodscha unter Samdech Norodom Sihanuk und den Abbruch der Beziehungen zur Lon Nol-Clique in Phnom Penh. Angesichts der großen Siege der Befreiungskräfte und des absehbaren Untergangs der von den US-Imperialisten eingesetzten Lon Nol-Bande mußten sich die sowjetischen Sozialimperialisten nunmehr bequemen, diesen Schritt zu vollziehen. **Durch den entschiedenen bewaffneten Kampf des kambodschanischen Volkes hat das Ränkespiel der Supermächte USA und Sowjetunion in Kambodscha eine Schlappe hinnehmen müssen.**

Zugleich haben 31 Länder in der UNO den Antrag der VR China und der VR Albanien durchgesetzt, daß die Wiederherstellung der Rechte der rechtmäßigen Königlichen Regierung der National-Union von Kambodscha unter Samdech Norodom Sihanuk und die Entfernung der Vertreter der Lon Nol-Clique aus allen Gremien der UNO auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Vollversammlung gesetzt wird.

## Das albanische Volk unterstützt den Kampf der arabischen Völker

Während des Nahostkrieges hat das albanische Volk in machtvollen Versammlungen und Demonstrationen seine Solidarität mit den kämpfenden arabischen Völkern ausgedrückt.

Die Organisation der Demokratischen Front in Tirana veranstaltete ein Solidaritätstreffen, und sandten ein Solidaritätstelegramm an die ägyptische Botschaft in Tirana.

Arbeiter der Produktionszentren, Bauern, Schüler und Soldaten drückten ihre solidarische Haltung und tiefe Freundschaft mit den arabischen Völkern in einem Treffen in Kukes aus. Die Bewohner dieses Distrikts verurteilten die hinterhältigen Angriffe der israelischen Zionisten gegen Ägypten und Syrien.

Ähnliche Treffen wurden in anderen Distrikten ebenfalls organisiert.

# DEN MODERNEN REVISIONISMUS SCHONUNGSLOS BEKÄMPFEN!

**In Hamburg findet der 3. Parteitag der D"K"P statt. Die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse, in Funk und Fernsehen zeigt, welche große Hoffnung die Bourgeoisie in ihre wichtigste Agentur in der Arbeiterbewegung setzt. Die kaum verhüllte Reklame für die Modernen Revisionisten aber zeigt auch noch etwas anderes: Die Angst der Bourgeoisie. Ihre Angst vor der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus, der der Arbeiterklasse den Weg zum Sturz des Imperialismus in der proletarischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats weist und ihre Angst vor der Kommunistischen Partei - der KPD/ML - die die Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins auf diesem Weg führen wird.**

Die KPD/ML ist im Kampf gegen den Modernen Revisionismus gegründet worden und hat den Kampf gegen den Modernen Revisionismus seit ihrer Gründung prinzipienfest geführt.

Trotzdem gibt es in der westdeutschen Arbeiterklasse und in der revolutionären Bewegung große Unklarheiten über das Wesen der D"K"P, die die Partei der Modernen Revisionisten ist. Manche Genossen und Gruppierungen gehen offensichtlich von der Einschätzung aus, die D"K"P sei im Großen und Ganzen eine fortschrittliche Organisation, die allerdings schwere reformistische Fehler habe.

Diese Vorstellung ist falsch und gefährlich. Der Moderne Revisionismus ist nicht das Produkt irgendwelcher Menschen, die sich Gedanken gemacht haben, wie man den Übeln des Kapitalismus abhelfen kann, und die dabei zu fehlerhaften Schlußfolgerungen gekommen sind.

Die materielle Grundlage für des Revisionismus liegt im imperialistischen System selbst begründet. Imperialismus ist das letzte Stadium des Kapitalismus und der Vorabend der proletarischen Revolution. Das Wissen um diese Tatsache läßt die Imperialisten nicht nur den staatlichen Unterdrückungsapparat verschärfen, läßt sie nicht nur militärisch gegen die Arbeiterklasse rüsten, sondern sie versuchen auch, die Kampfkraft der Arbeiterklasse von innen her zu brechen. Mit den Extraprofiten, die die Imperialisten durch die Ausplünderung anderer Länder erzielen, korrumpieren sie eine kleine oberste Schicht der Arbeiterklasse: Die Arbeiteraristokratie. Die Arbeiteraristokratie ist die soziale Basis für das Eindringen des Revisionismus in die Arbeiterbewegung. Dabei muß betont werden, daß diese bestochene Schicht von Arbeiteraristokraten äußerst klein ist.

Aus dieser engen Verbindung zwischen Revisionismus und Imperialismus wird der Klassencharakter des Modernen Revisionismus eindeutig klar: Er ist durch und durch eine Waffe der Konterrevolution, eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung.

## Keine Aktionseinheit mit der D'K'P!

Ist nicht trotzdem in Tagesforderungen und Teilfragen eine Aktionseinheit mit den Revisionisten möglich? Welche Tagesforderungen und Teilfragen könnten denn hier gemeint sein? Der demokratische und antifaschistische Kampf vielleicht? - Gewiß, es gibt D"K"P - Parolen, die den von uns Kommunisten aufgestellten Forderungen ähneln. Aber sind sie deshalb tatsächlich ähnlich? Ist es nicht so, daß das Geschrei der Modernen Revisionisten von der "Verteidigung der demokratischen Rechte" nur dem Ziel dient, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf für den Sturz des Imperialismus und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats abzulenken? Sie ideologisch und militärisch zu entwaffnen, um sie wehrlos den Faschisten auszuliefern?

Nehmen wir ein anderes Beispiel: Der Streik bei Mannesmann. Die klare Forderung der Kollegen: "Weiterzahlung der 70 DM!" Man sollte meinen, wenn überhaupt eine Aktionseinheit mit den Revisionisten möglich ist, dann in der Durchsetzung dieser so überaus klaren unmißverständlichen Forderung. Der Verlauf des Streiks spricht eine deutliche Sprache: Der Einfluß, den die Revisionisten in der Bewegung gewonnen hatten, war die entscheidende Ursache für den Zusammenbruch des Streiks (Bericht S. 1).

**Tatsache ist, daß zwischen uns und den Modernen Revisionisten die Frontlinie des Klassenkampfes verläuft, daß es auch in den scheinbar nebensächlichen Forderungen keine Einheit mit den Revisionisten geben kann. Der Kampf um Tagesforderungen ist dem Kampf um das revolutionäre Endziel unterzuordnen. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Tageskämpfe so zu führen, daß die Arbeiterklasse in die Lage versetzt wird, den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus bis zu seiner Vernichtung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen. Das Ziel der Modernen Revisionisten aber ist es, die Tageskämpfe so zu führen, daß die Arbeiterklasse unfähig wird, in diesem Kampf zu siegen.**

Wenn die D"K"P auf ihrem Parteitag von "maoistischen Spaltern" geifert, dann rufen wir ihnen Lenins Worte zu: **"Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus!"**

Eine Aktionseinheit der Kommunistischen Partei - der KPD/ML - mit der Partei des revisionistischen Verrates, der D"K"P, kann und wird es in keiner Frage geben. Davon unterschieden werden muß die Aktionseinheit kommunistischer parteiloser, christlicher usw. Kollegen in den Betrieben. Hier reichen wir auch den Kollegen, die in der D"K"P sind, die Hand - aber nicht auf der Grundlage der revisionistischen Ideologie, sondern auf der Grundlage des konsequenten Kampfes für die Klasseninteressen der Arbeiterklasse und der Klassensolidarität.

In den laufenden Klassenkämpfen begehen die Modernen Revisionisten Verrat auf Verrat. In der weiteren Zuspitzung der Kämpfe werden sie Verbrechen auf Verbrechen begehen. Das beweisen die Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse tausendfach. Die revisionistische SPD war es, die 1914 die deutschen Arbeiter in den imperialistischen Krieg hetzte. Die revisionistische SPD war es, die nach dem 1. Weltkrieg als Regierungspartei immer dann das Feuer eröffnen ließ, wenn die Proleten zum Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuter- und Knechtungssystem antraten. Die D"K"P - Revisionisten - sie haben das Erbe der Bluthunde Noske, Scheidemann, Zörgiebel angetreten. Das Erbe Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns lebt fort im Kampf der KPD/ML. Wir wissen: Ohne den Revisionismus schonungslos zu bekämpfen, können wir die Einheit der Kommunisten in der KPD/ML nicht erreichen. Ohne schonungslosen Kampf gegen den Revisionismus kann die Arbeiterklasse den Imperialismus nicht besiegen.

NIEDER MIT DEM REVISIONISTISCHEN VERRAT!
ES LEBE DER MARXISMUS–LENINISMUS!
HOCH DIE MAO TSETUNG-IDEEN!

**Vorwärts mit der KPD/ML!**

### Berufungstermin in Hamburg

# ANKLAGEREDE DES GENOSSEN ERNST AUST

**Am 4. Juli dieses Jahres verurteilte mich das Amtsgericht Hamburg angeblich im Namen des Volkes zu einer Geldstrafe von 5 000 DM, ersatzweise 200 Tage Haft, weil ich**

**1. Das im Grundgesetz der Verfassung der Deutschen Bundesrepublik garantierte sogenannte Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit**

**2. Das Recht nach Artikel 21 mittels des Zentralorgans der Partei, der KPD/ML, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, in Anspruch genommen habe.**

Damit aber hat das Gericht ganz klar gegen sein eigenes Gesetz, das Grundgesetz, verstoßen, nach dem es nicht die Aufgabe irgendeines Amtsgerichtes ist, zu entscheiden, ob ich nach Artikel 18 des Grundgesetzes das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit verwirkt oder nach Artikel 21 Grundgesetz das Parteienrecht überschritten habe, sondern einzig und allein des Bundesverfassungsgerichtes

Aber nein, dagegen heißt es heuchlerisch in der Urteilsverkündung, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das Recht, sich in einer Partei zu organisieren, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, soll dem Angeklagten ja unbenommen sein. Zur Debatte stehen allein die betreffenden Paragraphen im Strafgesetzbuch, nach denen aber ist wegen öffentlicher Billigung von Straftaten in zwei Fällen und von öffentlicher Herabsetzung der BRD in zwei Fällen zu verurteilen.

Hier zeigt sich die ganze Verlogenheit der von den Westmächten und ihren westdeutschen Quislingen dem deutschen Volk im Jahre 1949 aufgezwungenen Spalterverfassung, dem Grundgesetz. Die angeblich dem Volk im Grundgesetz garantierten Freiheiten werden prompt durch entsprechende Strafgesetze wieder außer Kraft gesetzt, bzw. erst gar nicht angewandt.

So heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Halten Sie, Herr Richter, es etwa mit der Würde des Menschen vereinbar, politische Gefangene, Mitglieder oder angebliche Mitglieder der RAF, monatelang, ja jahrelang in strenger Isolierhaft zu halten? Ihnen, wie bei Carmen Roll, bei der erkennungsdienstlichen Behandlung die Knochen zu brechen und sie zusammenzuschlagen oder sie mit Äther oder Psychopharmaka zu Aussagen zu zwingen? Das sind doch wohl feinere Methoden der Folter!

Oder wie steht es mit Artikel 2 des Grundgesetzes, Absatz 1? "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit". Entfalten Sie sich mal als Arbeiterkind zur Persönlichkeit, wenn es nach Schulabschluß heißt, mitzuarbeiten, weil das Geld zu Hause nicht reicht.

Wieviele Millionen und Abermillionen Menschen in unserem Volk haben nie in ihrem Leben die Möglichkeit gehabt, ihre Persönlichkeit, wie es so schön heißt, frei zu entfalten?

**Oder in Absatz 2: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich". Hatte denn Ingrid Reppel, Banklehrling in München, kein Recht auf ihr Leben? Als Polizisten, nur um ein paar lausige Banknoten sicherzustellen, ihren sicheren Tod verursachten? Wie verträgt es sich mit dem Recht auf Leben, wenn die modernen Killer - Kommandos der Polizei von ihren Schußwaffen Gebrauch machen, um "Gegner außer Gefecht" zu setzen und heute sogar auf deren wohlkalkulierten Tod gedrillt werden?**

**Wie steht es mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit wenn, wie anläßlich des Breschnew-Besuches in Dortmund die Polizei völlig unbeteiligte alte Frauen zusammenschlug und mit Fußtritten traktierte?**

**Wie steht es mit dem Passus: "Die Freiheit der Person ist unverletzlich", wenn kommunistische Arbeiter wie Günther Wagner und Werner Lukas in Nacht- und Nebelaktionen von der Polizei aus den Betrieben heraus oder auf dem Heimweg von der Arbeit verschleppt werden, einzig und allein deshalb, weil sie verantwortlich Flugblätter unterzeichnen, die angeblich eine "Verleumdung des Staates" oder ähnliches enthielten. Verhaftet, ohne daß man ihnen erlaubte, sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen oder auch nur ihre Angehörigen zu benachrichtigen. So etwas kann man doch nur schlicht als Freiheitsberaubung im Amt bezeichnen.**

Wobei wir schon beim nächsten Artikel des Grundgesetzes, Nr. 3 Absatz 1, wären: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Wie gleich sie sind, sieht man an eben diesen beiden genannten Fällen, die man durch tausende ähnliche ergänzen kann. Hier werden Arbeiter wegen einer angeblichen Straftat, die, selbst wenn sie nach bürgerlichem Klassenrecht geahndet wird, normalerweise nur zu einer Geldstrafe führen würde, eingekerkert. Eingekerkert, obwohl sie einen festen Wohnsitz und Arbeit haben. Obwohl weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr besteht. Während Ganoven aller Art von Rauschgifthändlern bis zu Sittlichkeits- und sogenannte 'Weiße-Kragen'-Verbrechern, die Millionen unterschlugen auf freiem Fuß bleiben. Wie gleich die Menschen in unserem angeblichen Rechtsstaat vor Gerichten sind, wird auch daran deutlich, daß Nazi-Verbrecher vor jeglichem Gericht pro Judenmord zu drei Minuten Gefängnis verurteilt werden, während beispielsweise Horst Mahler, obwohl man ihm weder einen Banküberfall geschweige denn einen Mord nachweisen konnte, 12 Jahre Gefängnis erhält. Das wird deutlich daran, daß, wer genügend Geld hat und eine entsprechende Kaution stellt, mit der Verschonung von der Untersuchungshaft rechnen kann, daß die Reichen zu ihrer Verteidigung sich nicht nur einen, sondern gleich mehrere Staranwälte leisten können, während der Arme sich mit einem Pflichtverteidiger begnügen muß.

Das heißt, wer arm, wer ein Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, muß länger brummen. Das ist schon ein Hohn, wenn es in Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz heißt: Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Wissen Sie nicht, daß es für einen bekannten Kommunisten schlichtweg unmöglich ist, in einem staatlichen oder in einem großen Betrieb Arbeit zu erhalten? So erhielt ich zum Beispiel trotz beidseitig unterschriebener Arbeitsverträge, nachdem den Herren durch einen Spiegelartikel meine kommunistische Weltanschauung bekannt wurde, vom Rubereid - Werk eine Kündigung mit der schriftlichen Begründung, daß sie niemanden einstellen könnten, der die Achse Peking - Tirana nach Hamburg verlängern wolle.

**Ja, diese Kommunistenverfolgungen gehen schon so weit, daß man wie in der Nazi - Zeit nicht vor Sippenhaft, d.h. der Verfolgung, Terrorisierung, Benachteiligung von Familienmitgliedern zurückschreckt. Natürlich ist nicht jede Firma so blöd wie die Rubereid - Werke, die politische Entlassungsgründe auch noch schriftlich angeben. Da heißt es dann einfach: Arbeitsmangel. Längst schon erstreckt sich diese Benachteiligung aus politischen Gründen nicht mehr nur auf Kommunisten. Heute muß jeder Kollege, jeder Gewerkschafter, Vertrauensmann, Betriebsrat, der sich konsequent für die Interessen seiner Kollegen einsetzt, damit rechnen, früher oder später auf die schwarze Liste gesetzt und entlassen zu werden.** Was dagegen die Bevorzugung betrifft, so dürfte dem Gericht bekannt sein, daß das richtige Parteibuch, sei es SPD, CDU oder FDP, die entsprechenden Türen zu Einfluß und Posten öffnet.

So ist es denn wohl ein schlechter Witz, wenn es in Artikel 4, Absatz 4 des Grundgesetzes heißt: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit der religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse ist unverletzlich." **Weswegen stehe ich denn eigentlich hier vor Gericht? Doch einzig und allein wegen meines politischen Bekenntnisses, des Marxismus - Leninismus.** Da wird mir laut Urteilsbegründung vorgeworfen, ich hätte nach § 90 a StGB die BRD böswillig verächtlich gemacht. Bewußt und gewollt, den demokratischen Rechtsstaat Deutschland (was immer das sein soll) gefährdet."

Die Begründung zu diesem Vorwurf, man höre und staune: Ich hätte behauptet, es herrsche in der Bundesrepublik die gleiche Klasse von Ausbeutern, die vor 30 Jahren Millionen Menschen auf dem Altar ihrer Profit- und Machtgier opferte.

Na und? Will das Gericht etwa ernsthaft behaupten, daß die BRD kein kapitalistischer, kein imperialistischer Staat ist? Was soll sie denn sonst sein? Ein Sklavenhalterstaat, eine feudalistische Oligarchie, oder gar ein sozialistischer Staat? Wir leben mindestens seit der Jahrhundertwende, als die Welt endgültig unter einigen großen Industriemächten aufgeteilt war, und jede Veränderung der Macht und Einflußzonen nur noch durch Kriege möglich war, wie es der 1. und der 2. Weltkrieg beweisen, im Zeitalter des Imperialismus. Auf Grund der marxistischen Grundsätze unterzog Lenin den Imperialismus einer wissenschaftlichen Analyse, in der er den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus bezeichnete. Er stellte fest, daß der Imperialismus, der monopolitische Kapitalismus, der parasitäre oder in Fäulnis begriffene Kapitalismus, der sterbende Kapitalismus ist. Lenin wies darauf hin, daß der Imperialismus alle Widersprüche des Kapitalismus bis zum höchsten Grad verschärft hat und erklärte daraus, daß der Imperialismus der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats ist.

Wieso aber kann eine wissenschaftliche Feststellung, eine Beleidigung oder böswillige Verächtlichmachung der BRD sein? Sie beleidigen einen Streifen- oder Fleckenskunk doch auch nicht, indem sie ihn zur Gattung der Stinktiere zählen.

Fortsetzung in der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN

# Anzeigen gegen VK Hände weg vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung!

**Die Bundeswehr hat 88 Anzeigen gegen Mitglieder des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer erstattet. Aus der Tatsache, daß diese Anzeigen als 'Staatsschutzsachen' behandelt und von der politischen Polizei behandelt werden, geht eindeutig hervor: Hier handelt es sich um eine planmäßige Verfolgung demokratischer Kräfte, die gegen Militarisierung und Faschisierung in der DBR kämpfen.**

Der Widerstand gegen den Militarismus wächst. Viele junge Männer, die zum Dienst in der imperialistischen Armee gezwungen werden sollen, verweigern den Wehrdienst. Ein Teil von ihnen ist im VK organisiert. Wir Kommunisten lehnen die vom VK propagierte Ideologie des Pazifismus ab. Wir wissen, daß der Imperialismus, der für die Entfesselung aller Kriege verantwortlich ist, nicht gewaltlos, sondern nur mit der Waffe in der Hand gestürzt werden kann. Wir unterstützen jeden gerechten – gegen den Imperialismus gerichteten – Krieg, gerade weil er Bedingungen für den Freiden schafft.

Wir sind der Ansicht, daß die Bundeswehr nicht durch Wehrdienstverweigerung bekämpft werden kann, sondern nur durch den Kampf in der Bundeswehr mit dem Ziel, einerseits die imperialistische Armee zu zersetzen, andererseits die Kameraden für den revolutionären Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes zu gewinnen.

Gegen die wachsende Militarisierung, gegen den Versuch des imperialistischen Staates, immer mehr junge Männer in die Armee zu zwingen, muß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung entschlossen verteidigt werden. Dem Anschlag auf den VK müssen wir entgegentreten als einem weiteren Anschlag der Bourgeoisie im Zuge der wachsenden Faschisierung die demokratischen Grundrechte zu beschneiden oder außer Kraft zu setzen, wenn sie in irgendeiner Form zum Widerstand gegen ihre aggressiven Ziele ausgenutzt werden.

Es spricht für sich, daß die 88 Anzeigen mit einem faschistischen Gesetz von 1935 begründet werden, das verbietet, daß Rechtsangelegenheiten von anderen Personen als Rechtsanwälten, Notaren usw. wahrgenommen werden. Damit wollte Hitler vor allem kommunistische und jüdische Rechtsanwälte ausschalten.

**Und gegen wen richtet sich dieser Faschistenparagraf heute? – Die Anzeigen gegen den VK geben die Antwort: Gegen alle Organisationen, in denen sich kommunistische und andere fortschrittliche Menschen zusammenschließen, um für ihre Rechte zu kämpfen.**

HÄNDE WEG VOM RECHT AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG!
BEKÄMPFT DIE BUNDESWEHR IN DER BUNDESWEHR!
KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEGE!

# Soldatenkorrespondenz

**Soldatenkorrespondenz**
**PzGren Brig 13 (Wetzlar)**

**Ich bin zwar erst seit 3 Wochen in der Grundausbildung, aber Beispiele, wie die imperialistische Armee über Leichen zu gehen bereit ist, gibt's schon genug. Ein Beispiel:**

Wir hatten Stationsausbildung bei einem Feldwebel, der uns das MG (Zerlegen, Zusammensetzen) erklären sollte. Alles lief in großer Hetze ab, weil vorher einiges nicht geklappt hatte. Der Feldwebel hantierte mit heftigen Bewegungen das MG und demonstrierte wie man das Rohr ausbaut.Wir standen alle nah beim Tisch, und ein Kamerad beugte sich leicht vor, um besser sehen zu können.

In dem Moment riß der Feldwebel- ohne auch nur jemanden zu warnen- das MG hoch. Der massive Mündungsfeuerdämpfer vorn traf mit voller Wucht auf die Brille des Kameraden, glitt am rechten Glas ab und brachte ihm 1 cm neben dem rechten Auge eine gefährliche Rißwunde bei. Hätte der Kamerad keine Brille gehabt, hätte er sein rechtes Augenlicht verloren.

Wir standen alle wie erstarrt vor Schreck. Ganz anders der Feldwebel, der kaltschnäuzig kommandierte:"Ab in den San-Bereich!" und am MG weitermachte, als wäre nichts geschehen. Das einzige, was er dazu kurz darauf sagte, war ein ungeheuerlicher Zynismus:"Paßt auf, Leute, sonst muß noch einer in dem San-Bereich!"

In der Pause diskutierte ich mit den Kameraden den Vorfall. Einige waren schwer empört: "Der Fw ist schuld!" "Wenigstens entschuldigen hätte er sich müssen!" "Schweinerei!" so hieß es. Andere sagten: "Der Fw kann vielleicht auch nichts dafür, aber wie er sich benommen hat, das gibt's nicht!"

Wichtig ist auch, was mit dem Kameraden weiter passierte: Er ging sofort zum San-Bereich und kam um 9 Uhr dort an. Man ließ ihn 1 Stunde mit der Wunde warten, dann stellte man fest, daß er nach Gießen ins Krankenhaus mußte. Das dauerte bis 11 Uhr. Dort mußte er bis zum Mittagessen und nach dem Mittag noch weiter warten. Man erinnerte sich erst um halb drei an ihn und nahm sich seiner an. Wir können nur eins lernen: Die imperialistische Armee und damit der westdeutsche Imperialismus selbst gehen über Leichen, und Soldaten sind für sie Kanonenfutter. Der Kamerad mußte zwei Tage später voll bei der Geländeausbildung mitmachen und durch den Dreck robben.

**Diese imperialistische Armee fällt nicht von selbst. Soldaten, Euer Weg ist: An der Seite der Arbeiterklasse und der Werktätigen im bewaffneten Aufstand den imperialistischen Staat und seine Armee zerschlagen.**

# 2500 Kubikmeter Blausäuredämpfe täglich

**2 500 Kubikmeter Blausäuredämpfe lassen die Hüls-Kapitalisten in die Marler Luft pumpen, direkt über ein Werksgelände, auf dem 16 000 Menschen arbeiten. Das sind in einem Monat mehr als 80 000 Kubikmeter. Diese Menge reicht, in unverdünntem Zustand, um alle Einwohner der Bundesrepublik zehn Mal zu vergiften.**

Wie passiert das?

Im Luftbogenfeld, in dem heute nach wie vor aus Methan, $CH_4$, Luft, $O_2/N_2$-Gemisch, Erdöl, Pech, Teer, Kohlenstaub organische Stoffe wie Acetylen und Athylen hergestellt werden, fällt neben diesen Produkten auch eine ganze Menge Gift an. Es handelt sich hier um die äußerst giftige Blausäure.

Bis vor ein paar Jahren konnte Hüls mit der Blausäure noch ein gutes Geschäft machen. Bis dahin existierte noch eine Blausäurefabrik bei uns. **Doch dann wurden die Profite beim Blausäuregeschäft zu klein, es lohnte sich nicht mehr, die Blausäure aufzubereiten.**

Statt die Blausäure zu vernichten, werden stündlich 100 Kubikmeter Blausäuredampf direkt über das Dach der Produktionsanlage oder als Beimischung zum Wasserdampf der Kühltürme abgelassen. **Bei ungünstiger Wetterlage können Zehntausende von Marlern Einwohnern vergiftet werden.**

In ihrem Streben nach Superprofiten ist das den Hülskapitalisten ganz egal. Sie kalkulieren bei ihrem Gewinn dieses Risiko mit ein. Natürlich haben die Hülskapitalisten keine Untersuchung oder sonstwas zu befürchten, sie beherrschen die ganze Stadt Marl. Im Gegenteil, Hüls wurde von Bundespräsident Heinemann persönlich für sein angeblich umweltfreundliches Verhalten gelobt und ausgezeichnet.

# KAMPF DER KLASSENJUSTIZ

## Wir fordern: Freispruch für Uli Kranzusch

Der Bonner Staatsanwalt hat gegen Genossen Uli wegen 'Körperverletzung' 18 Monate Gefängnis beantragt – und das, obwohl das Gericht keine Beweise für diese Anklage finden konnte! Aus diesem Grund mußte es schon von sich aus die Anklage wegen 'versuchten Totschlages' zurücknehmen. Am 7.11. soll das Urteil gesprochen werden.

## Roter-Punkt-Prozess in Mannheim

Tausende kämpften im März dieses Jahres in Mannheim gegen eine Fahrpreiserhöhung. Mehr als 23 000 Menschen unterschrieben eine Protestresolution. Das Roter-Punkt-Komitee, in dem die Partei mitarbeitete, rief zu Kundgebungen und Demonstrationen auf, die Schüler traten in den Streik. Die Antwort der Bourgeoisie: Die Demonstraten wurden auf dem Paradeplatz zusammengeknüppelt. Selbst ein 12-jähriges Kind wurde blutig geschlagen. 54 Kollegen und Genossen, die bei der Demonstration festgenommen worden sind, werden jetzt von der Klassenjustiz verfolgt. Am 7. November beginnt der Prozeß gegen Ralf S., der bei der Demonstration mit gegen diese unverschämte Preistreiberei kämpfte.

## Antikriegstags-prozess in Berlin

Nach dem Roten Antikriegstag hatte der KJVD, der sich inzwischen aufgelöst und zum größten Teil der Partei unterstellt hat, eine Broschüre herausgegeben, in der der siegreiche Kampf gegen den westdeutschen Militarismus, gegen Demonstrationsverbot während der Olympiade 72 dargestellt wurde. Diese Broschüre ist nach dem Urteil der Klassenjustiz eine 'Verächtlichmachung der Bundesrepublik'. Am 9.11. wird deshalb vor dem Amtsgericht Tiergarten-Berlin der Prozeß gegen Genossen Hartmut S. eröffnet.

## Wiedereinstellung von Kollegen Lara

Am 8.10. beginnt in Hamm der Prozeß um die Wiedereinstellung des Kollegen Lara gegen die Opel-Kapitalisten. Sie hatten den Kollegen im vergangenen Herbst entlassen, weil er angeblich als 'Rädelsführer' den Kampf der spanischen Kollegen gegen die unmenschliche Behandlung der ausländischen Arbeiter bei Opel unterstützt hatte. Der Betriebsrat stimmte damals der Entlassung zu. Inzwischen gelang es durch den konsequenten Kampf der Opel-Kollegen durchzusetzen, daß Kollege Lara eine Entschädigung von den Opel-Bossen zugesprochen wurde. Aber das genügt nicht! Die Entlassung muß zurückgenommen werden.

## Korrespondenz

Am Samstag, den 20.10. starb der Revolutionär Joachim Haubt im Münchner Gefängnis Stadelheim. Er saß dort seit Anfang Juli wegen 'Verdachtes der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung mit politischen Zielen'. Unter dieser Begründung kann man praktisch jeden revolutionär gesinnten Menschen in den Knast stecken.

Die Kripo zum Tod von Genossen Haubt: "Er hat toxische Dämpfe geschnüffelt."

Sehr seltsam! Es war unmöglich, eine Zeitung oder eine Tafel Schokolade in den Knast hineinzubringen – aber Plastiktüten und entsprechende Giftstoffe soll Genosse Haubt nun plötzlich besessen haben.

Tatsache ist: Die kapitalistische Gesellschaft, vor allem die Isolierhaft, sollten diesen Genossen fertigmachen. Sein Tod wird gerächt werden!

## Meldung

Die Geheimpolizei des faschistischen Franco-Regimes hat in der letzten Woche bei Großrazzien in Barcelona und Sevilla mehr als 150 Menschen verhaftet. Trotz der Behauptung des Regimes wurde bisher niemand wieder freigelassen. Gegen die festgenommenen Befreiungskämpfer, die zumeist der baskischen Organisation ETA angehören, sollen vor ein Gericht gestellt werden.

Gegen diesen unerhörten faschistischen Angriff sind Tausende Arbeiter in den Streik getreten. Das Mercedes-Volkswagenwerk in Barcelona wurde von der Polizei geräumt. 2 000 Arbeiter des Siemens-Werkes in Madrid streikten.

# Polizei des Kapitals

**Überall, wo Arbeiter in den Streik traten, tauchte Polizei auf. Sie 'beobachtete', nahm 'Rädelsführer' fest, schlug Streikposten zusammen, schützte faschistische Messerstecher wie bei Opel. Bei Ford wurde der Streik brutal zusammengeknüppelt, Kollegen von Hoesch entlarvten auf der Belegschaftsversammlung Polizeispitzel.**

Immer mehr Kollegen erkennen daran: Die Polizei ist eine bewaffnete Truppe des imperialistischen Staates zur Bekämpfung der Arbeiterklasse. Sie ist ebensowenig 'klassenneutral' wie die Regierung, deren Befehl sie untersteht.

Je stärker die Arbeiterbewegung voranschreitet, desto offener greifen die Kapitalisten und ihr Staatsapparat zu Polizeistaatsmethoden. In Baden-Württemberg ist die Maske von der Polizei 'im Dienste des Volkes' nun endgültig gefallen: Im September gab Innenminister Schiess den Befehl, die Polizei müsse 'Erkenntnisse über Arbeitsniederlegungen' – sprich Personalien streikender Kollegen – aufnehmen. 'Rädelsführer' bei 'wilden Streiks' seien sofort zu verhaften. Seither rufen Polizisten in den Betrieben an, fragen, ob gestreikt wird und lassen sich dann alle Unterlagen über Kollegen geben.

**Es ist wie Lenin gesagt hat: Je konsequenter die Arbeiter selbst um ihre Tagesinteressen kämpfen, umso eher sehen sie sich der bewaffneten Staatsmacht gegenüber. Da kann es kein 'friedliches Zurückdrängen der Monopole' geben, von dem die Revisionisten faseln – da kann es nur eine Antwort geben: Die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die bewaffnete Arbeitermacht.**

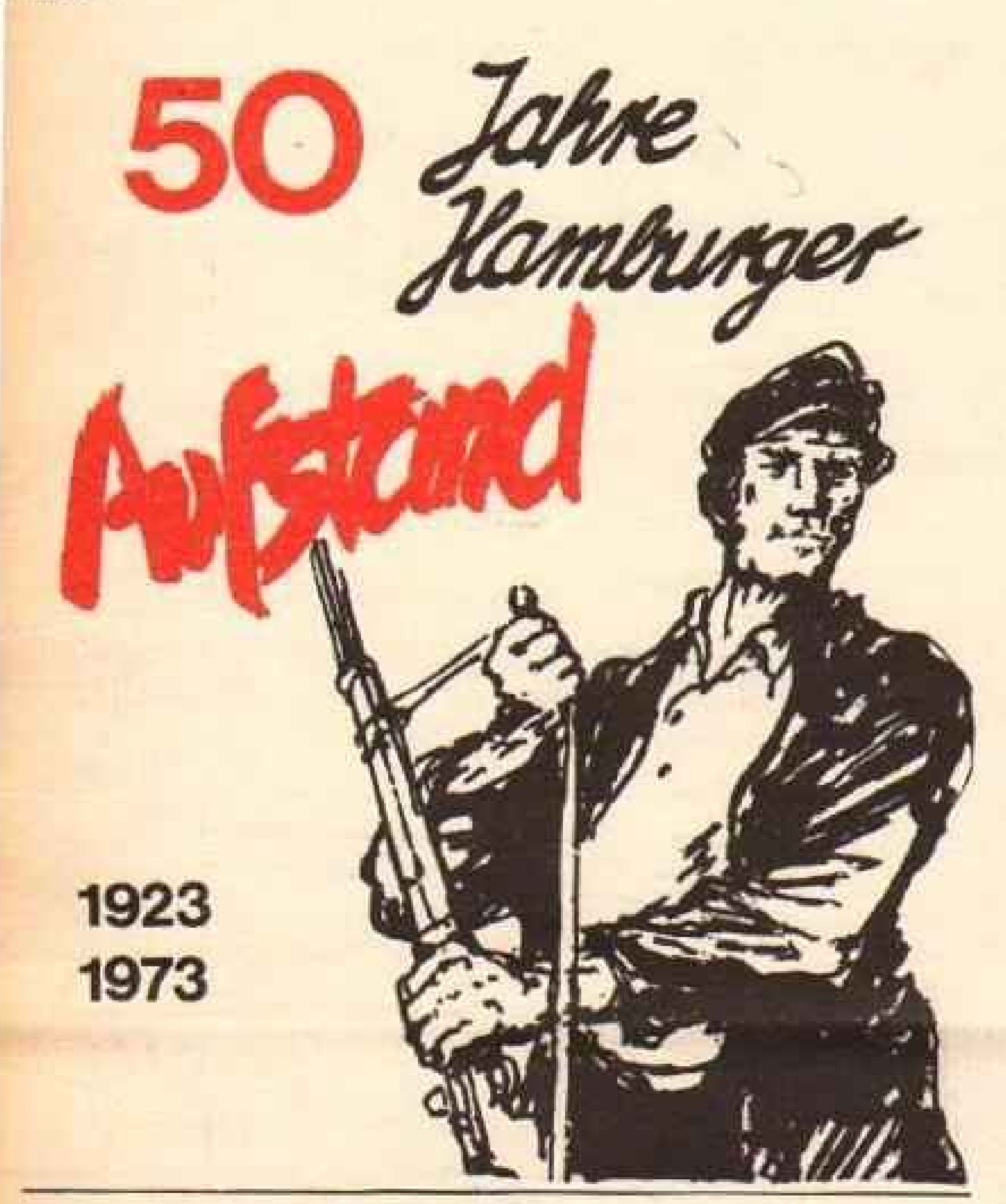
Und was sagt die IGM zu diesem Angriff auf die Arbeiterklasse? Sie ist entsetzt! "Die Stimmung in den Betrieben ist gereizt. Wenn dort auch noch Polizei auftaucht, dann läuft das Faß über", sagte Steinkühler, Bezirksleiter der IGM Stuttgart. Nicht, weil hier das Streikrecht mit Füßen getreten wird, 'kämpfen' die Gewerkschaftsbonzen gegen den Schießbefehl – sie haben bei den 'wilden Streiks' selbst schon oft genug Polizeieinsätze im Betrieb gebilligt. Sondern weil sie fürchten, die Wut der Kollegen könne so anwachsen, daß ihnen die Kontrolle aus der Hand gleitet.

Kapitalisten-Staat-Gewerkschaftsführer – sie bilden eine Front gegen die Arbeiterklasse. Nur im Kampf gegen diesen reaktionären Block kann das Proletariat seine Forderungen durchsetzen.

# 50 Jahre Hamburger Aufstand

## Veranstaltungen der Partei

In den letzten Oktobertagen fanden überall in der Bundesrepublik Veranstaltungen der Partei und ihrer Massenorganisationen zum 50. Jahrestag des Hamburger Aufstands statt. Dabei wurden die Lehren aus dem Hamburger Aufstand für unseren heutigen Kampf gezogen und insbesondere die konterrevolutionäre Politik der D'K'P und der neorevisionistischen Zirkel angeprangert, die heute die Rolle der SPD von 1923 übernommen haben, die Arbeiterklasse von revolutionären Kampf abzuhalten.






**Bochum.** Rund 200 Kollegen und Genossen folgten aufmerksam dem Referat des Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust. Der Agitproptrupp führte eine verkürzte Fassung der 'Roten Raketen' auf und sang revolutionäre Lieder, in die alle Anwesenden einfielen. Für den Kampf gegen die Klassenjustiz (Prozeßkosten) wurden über 500,– DM gesammelt.

**Bremen.** Dem Auftritt des AP-Trupps 'Rotes Sprachrohr' und zwei Referaten folgte eine rege Diskussion mit Anwesenden vom 'K'BW, in denen die neorevisionistische Politik dieses Zirkels entlarvt wurde.

**Dortmund.** Über 100 Teilnehmer hörten ein Referat über den Hamburger Aufstand und seine Lehren für uns und sahen den revolutionären Film "Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse". Es wurden 76,– DM für den Kampf gegen die Klassenjustiz gesammelt.

**Frankfurt/Main.** Auf der Veranstaltung wurden nach dem Referat und ausführlicher Diskussion über Klassenjustiz und Polizeiterror 72,– DM zur Unterstützung politischer Gefangener gesammelt.

**Marburg.** 60 Anwesende (die Parteiorganisation und die Rote Garde bestehen hier erst seit kurzer Zeit) sahen ein selbstverfaßtes Stück des Agitproptrupps 'Roter Sturm' und hörten das Referat zum Hamburger Aufstand. Spenden: 80 DM.

**München.** An die 130 Teilnehmer hörten das Referat und sahen die Aufführungen des AP-Trupps 'Sturmtrupp Roter Morgen'. Ein zufällig anwesender älterer Kollege, Mitglied der alten KPD, übte mit dem AP-Trupp in der Pause spontan ein altes Arbeiterlied ein, das während des Hamburger Aufstands gesungen wurde. Das erweckte ungeheure revolutionäre Begeisterung. In den Redebeiträgen wurde die verräterische Rolle der ABG (heute: 'Arbeiterbund') angeprangert.

## Parteiveranstaltungen

KIEL:

Veranstaltung der KPD/ML:
Die Lehren der Novemberrevolution.
Am Freitag, den 9.11.73.
Es wird der Film 'Rote Raketen' gezeigt.

RECKLINGHAUSEN:

Veranstaltung der KPD/ML.
Zu Nahost, Energiekrise und Bergbau.
Am Samstag, den 10.11.73 um 17 Uhr.
Im 'Jägerhof'. Dortmunder Straße.

# Grussadresse der PCE/ML

## zum Jahrestag des Hamburger Aufstandes

**Auf der Veranstaltung der KPD/ML zum Hamburger Aufstand in Bochum überbrachte ein Vertreter der PCE/ML herzliche Kampfesgrüße zum Jahrestag des Hamburger Aufstandes.**

Der Genosse ging dabei auch auf die Situation in Spanien ein, in der die Massenbewegung gegen den Yankee-Frankofaschismus an Breite und Militanz wächst. Er sagte unter anderem:

**"Am 7. und 8. Oktober folgten in Madrid rund 100.000 Bauarbeiter einem Aufruf der OSO (spanische revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Es kam zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen. Bei einer von ihnen haben die Arbeiter ein Messer in der Brust eines der verbrecherischen Guardia Civil zurückgelassen."**

Der Genosse erklärte, daß die yankeefrankistische Diktatur mit einer hysterischen Unterdrückungskampagne gegen diese eindrucksvolle Massenbewegung vorgeht. Sie versucht, die FRAP zu liquidieren. "Das aber", betonte der Genosse, "ist unmöglich, denn die FRAP umfaßt von Tag zu Tag größere Teile des Volkes. Sie ist eine Organisation mit einer revolutionären Linie und großer Kampfentschlossenheit."

Hunderte von ihren Genossen haben seit dem 1. Mai 1973 ihr Leben eingesetzt. Die grausamen Foltern der yankeefranko-Diktatur, die bis zum Mord an Genossen Cypriano Martos gingen, schrecken sie nicht.

Zum Schluß brachte der Genosse die Freude der PCE/ML über die wachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse bei uns hier zum Ausdruck, die unter der Führung der KPD/ML mit Sicherheit durch die gewaltsame Revolution das Ziel, die Errichtung der sozialistischen deutschen Räterepublik erreichen wird.

Er schloß mit den Parolen:
**Es lebe die KPD/ML! Es lebe die PCE/ML! Es lebe der Marxismus-Leninismus!**
**Es lebe der proletarische Internationalismus!**

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, dankte im Namen der Partei für die Glückwünsche der spanischen Bruderpartei. Er sagte:

"Kolleginnen und Kollegen, Genossen!
Ich möchte hier im Namen unserer Partei, der KPD/ML unseren spanischen Klassenbrüdern und Genossen unserer Bruderpartei, der PCE/ML recht herzlich danken.

**Das deutsche Volk und das spanische Volk, die deutsche Arbeiterklasse und die spanische Arbeiterklasse, die deutsche Kommunistische Partei und die spanische Kommunistische Partei haben 1936 gemeinsam Seite an Seite gekämpft. Dieses Erbe wurde verraten von den modernen Revisionisten. Aber seid sicher! Wir stehen in Eurem Kampf genau wie unsere Väter 1936 an eurer Seite und werden Euch unterstützen in Eurem Kampf für ein freies sozialistisches Spanien."**

# Zu Besuch bei Tante Polyxenie in Korca

Wir hatten in einem Urlaub in Albanien Gelegenheit, über einen Abschnitt im kampferfüllten Leben Enver Hoxhas zu erfahren. In einer ruhigen kleinen Straße in Korca in Albanien steht noch heute, sauber gepflegt, halb verborgen hinter Sträuchern und Blumen, das Haus, in dem Enver Hoxha gewohnt und gearbeitet hat.

Wir wurden dort von einer freundlichen alten Frau empfangen, die jeden von uns herzlich begrüßte. Schlicht und einfach, im grauen Rock und grauer Strickjacke, pflegt sie noch heute selber die Räume des Hauses, trotz ihres Alters.

Über Enver Hoxha spricht sie mit fast mütterlichem Stolz. Und sie hat ihn auch damals wie einen zweiten Sohn behandelt. Enver nannte sie "Tante Polyxenie."

Er war damals Lehrer an der Oberschule in Korca und aktives Mitglied der "Kommunistischen Gruppe Korca". Nach der Schule holte er die Arbeiterkinder zu sich nach Hause und gab ihnen Nachhilfe in Lesen und Schreiben. Als sie ihm sagte, daß sie es gar nicht verstünde wieso er immer diese armen Kinder zu sich holte und ihnen ganz umsonst und mit so viel Geduld etwas beibrachte, sagte er zu ihr: 'Wart' nur ab Tante Polyxenie, gerade diese armen Kinder werden es sein, die später an der Spitze

Staat lenken werden."

"Als unser Land dann von den italienischen Faschisten besetzt wurde", erzählte Tante Polyxenie weiter, "wurde Enver Hoxha als 'regimefeindliches Element' aus der Schule geworfen. Er ging nach Tirana, um dort illegal weiterzuarbeiten. Seine ganzen Sachen mußte er hier zurücklassen.

Er kam noch mehrmals nach Korca, um sich in ihrem Haus mit seinen Genossen zu treffen. Da diese Sitzungen unter keinen Umständen auffliegen durften, wurden sie so organisiert, daß die kommunistischen Jugendlichen in kleinen Gruppen rund ums Haus aufpaßten, ob die Faschisten einen Überfall starteten. Dann sollte die Nachricht im Stafettenlauf zu ihrem Haus gebracht werden, so daß die Genossen Zeit hatten unterzutauchen. Über dem Raum, in dem sie sich trafen, wohnte damals ein Offizier von den italienischen Faschisten.

Die Faschisten setzten alles daran, gerade diese Sitzungen auszuheben. Sie

Durchsuchungen, aber auf meines kamen sie nicht. Ja, Enver Hoxha und die Genossen haben unermüdlich gekämpft, und ich habe natürlich soweit es möglich war, sie unterstützt."

Die Begegnung mit Tante Polyxenie zeigte uns deutlich, wie eng verbunden Enver Hoxha und die Partei mit dem albanischen Volk sind.
Nach der Befreiung wurden die Sachen und Möbel Envers aus ihrem Haus nach Tirana ins Museum gebracht. Als Enver Hoxha sie dann einmal wieder besuchte, fragte er wo denn seine ganzen Sachen geblieben wären. Sie sagte es ihm. Er hat dann angeordnet, daß man alles wieder in ihr Haus zurückbringen soll, weil es dort hingehört.

Tante Polyxenie sagt: "Und nun bin ich schon alt und pflege die Sachen und das Haus, damit es noch viele besuchen können. Ich selbst bin inzwischen in Albanien so berühmt geworden, daß ich von allen Albanern nur noch Tante Polyxenie genannt werde."

Beim Abschied überreichten wir ihr die Schallplatte "Es lebe der Kommunismus" und ein kleines Bild von Ernst Thälmann. Sie hatte E. Thälmann gleich erkannt und bedankte sich herzlich. Sie wünschte uns für unseren weiteren Kampf für die Errichtung der Diktatur des Prole-